

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 27. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direction
der Postamt-Gesellschaft, Teplitzstraße 10, Berlin

Die Pflicht des Reichstags.

Rede Hermann Müllers. — Für Revision der Verordnungen.

Keinerlich war in der gestrigen Reichstags-Sitzung wenig davon zu spüren, daß das Parlament in einen Kampf um sein Schicksal eingetreten ist. Von einer Konfliktstimmung zwischen Regierung und Volksvertretung war rein äußerlich kaum etwas zu bemerken. Seit Jahr und Tag ist kein Reichstagskanzler so ruhig angehört worden wie am Dienstag Herr Dr. Marx; nicht einmal die Kommunisten wußten eine Gelegenheit für lärmende Zurufe zu finden. Allerdings gab die beinahe vollkommen inhaltlose Rede des Reichstagskanzlers auch der schärfsten Opposition kaum Gelegenheit zu lebhaftem Widerspruch. Der Reichstagskanzler plädierte für guten Willen und guten Willen der Reichsregierung. Sie sei selbst davon überzeugt, daß ihr nicht alles wohlgefallen sei, aber unter Würdigung aller Verhältnisse habe sie geglaubt, das Beste zu tun. Nur an einer Stelle erhob sich die Kanzlerrede zu hochpolitischer Bedeutung, als der Reichstagskanzler den Reichstag vor die Wahl stellte, die Verordnungen jetzt im großen und ganzen hinzunehmen, wie sie erlassen worden sind, oder sich auf die Reichstagsauflösung gefaßt zu machen. Während die Regierungsparteien diese Kampfanfängerung stumm hinnahmen, brach die Sozialdemokratische Fraktion in lebhaften Beifallsrufen aus.

Unser Genosse Hermann Müller bezeugte dem Reichstagskanzler später noch, daß sich keine Partei durch den Hinweis auf die Reichstagsauflösung davon abhalten lassen dürfe, die Verordnungen rein sachlich zu beurteilen, und die sozialdemokratische Rede ließ keinen Zweifel darüber, daß wir bei vorurteilsfreier gründlicher und von der Rücksicht auf das Volkswohl getragener Kritik zu entschiedener Bekämpfung unserer ganzen Reihe von Verordnungen der Reichsregierung kommen müssen. Hält man die Erklärungen des Herrn Reichstagskanzlers der Rede des sozialdemokratischen Sprechers gegenüber, so muß man zu der Auffassung kommen, daß sich sehr schwer eine Brücke zwischen Regierung und Opposition noch finden lassen wird. Wenn die Reichsregierung, wie es am Dienstag bei der Mehrheit der Minister der Fall war, auf ihrem Mangel an Entgegenkommen gegenüber der Volksvertretung beharrt, haben wir noch im Laufe der nächsten Woche mit der Reichstagsauflösung zu rechnen.

Wir können uns mit dem „Geist der Demokratie“, den Herr Marx am Dienstag bestrich, keinesfalls anfreunden. Ihm genügt nicht das Ermächtigungsgesetz, das am 15. Februar abgelesen ist. Er will ohne ein ausdrückliches Ermächtigungsgesetz die Vollmachten für die Reichsregierung auch noch auf die Auswirkungen der Verordnungen ausgedehnt wissen. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Die Sozialdemokratie muß darauf beharren, daß ihre Anträge, deren Wichtigkeit und Sachlichkeit von keiner Seite bestritten worden ist, nicht nur in der Volksversammlung des Reichstags, sondern auch in seinen Ausschüssen gründlich und baldmöglichst durchberaten werden. Unser Genosse Hermann Müller ließ darüber in seiner stoffreichen und geistig durchgearbeiteten Rede keinen Zweifel. Hermann Müllers Rede zeigte zudem deutlich, daß es unserer Partei bei diesen Schicksalsfragen des deutschen Volkes nicht auf Wohlgefallen, sondern auf geschickte Arbeit zum Nutzen der Masse ankommt. Die Rede war ein guter und reichhaltiger Nachweis der Wichtigkeit unserer inneren und äußerlichen Politik. Durchschlagend war vor allem die Erinnerung daran, daß unsere Partei schon im April 1922 die damals viel leichter möglich gewesene Stabilisierung der Währung verlangt hat. Hermann Müller schloß mit der Versicherung, daß wir uns auch durch die Drohung der Reichsregierung nicht von der Aufgabe abbringen lassen, die uns von der Verfassung als Volksvertreter zugewiesenen Pflichten zu erfüllen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wurde gleich in den ersten Sätzen seiner Rede durch lebhaften Zuruf der Sozialdemokraten unterbrochen, als er von einem zu großen Optimismus der Arbeitnehmer sprach. Seine Rede war so weit ausgesprochen und ging auf so viele Einzelheiten ein, daß sie zeitweise den Eindruck machte, als rede Herr Dr. Brauns schon eine Broschüre für den kommenden Wahlkampf. Stundenlang schleppte sich seine Vorlesung hin, bis der Präsident des Hauses in Rücksicht auf die zahlreichen anderen noch vorgemerkten Redner sanft zum Schluß mahnte. Die Hauptpartie des Brauns'schen Vortrags war ein Versuch, die Sozialdemokratie für seine Politik mitverantwortlich zu machen. Das muß aber vollkommen daneben gehen, da zwischen den Formulierungen, die Herr Dr. Brauns aus dem Kabinett Mißlich und aus dem Kabinett Stresemann vortrug, und dem Wortlaut seiner Arbeitszeit-Berordnung und erst

recht deren Anwendung ein himmelweiter Unterschied besteht. Herr Brauns sollte auch nicht vergessen, wie gerade er im Reichstagskabinett die Vorkriegs-Arbeitszeit in den wichtigsten Zweigen der Produktion immer wieder hingedrängt hat und es nur dem Einflusse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihrer Minister zu danken ist, daß Herr Dr. Brauns nicht damals schon die Ziele erreichte, die er in der rein bürgerlichen Regierung mit größerem Erfolge angestrebt hat. Die Aussprache wird heute fortgesetzt. Wenn es nach dem Willen der Sozialdemokratischen Fraktion geht, wird sich im Laufe der Debatte nicht nur Gelegenheit finden, dem Reichsarbeitsminister zu antworten, sondern es werden auch die Reden der übrigen Ressortminister entsprechende sozialdemokratische Kritik finden, die unterstützt werden wird durch zahlreiche praktische und sofort zu verwirklichende Vorschläge.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird, um dem Wunsche mehrerer Parteien zu entsprechen, die Redezeit auf fünfviertel Stunden verlängert. Nach der Erklärung der Reichsregierung, die von Reichstagskanzler Dr. Marx abgegeben wird (siehe Beilage), spricht

Abg. Hermann Müller (Soz.):

Der Reichstagskanzler hat in einer außerordentlich ernsten Rede die Gründe auseinandergesetzt, die die Regierung veranlaßt haben, das Ermächtigungsgesetz so zu handhaben, wie es geschehen ist. Wir werden diese Gründe im einzelnen zu prüfen und unser Urteil abzugeben haben. Wenn der Reichstagskanzler in diesem Zusammenhang von der Möglichkeit eines Konfliktes und der Auflösung des Reichstages gesprochen hat, so nimmt die Regierung hoffentlich an, daß sich keine Partei durch solche Äußerungen irgendwie beeinflussen lassen wird. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir nach Monaten wieder zusammentreten, so haben wir alle Ursache, uns nicht nur über das Ermächtigungsgesetz und die erlassenen Verordnungen zu unterhalten, sondern auch auf das einzugehen, was Regierungsmittel in dieser Zeit gewesen ist, insbesondere, wie der Ausnahmezustand gehandhabt worden ist. Im einzelnen werden wir zu untersuchen haben, ob es notwendig war, nicht weniger als 70 Verordnungen auf Grund des zweiten Ermächtigungsgesetzes zu erlassen. Wir Sozialdemokraten vertennen am Leben die Bedeutung der Stabilisierung unserer Währung für jeden einzelnen Lohn- und Gehaltsempfänger, zumal meine Partei schon viel früher auf eine Sparsamkeit auf wertbeständiger Grundlage gedrängt hat. Willkür wären wir um die Rubrikbelegung herumgekommen, wenn man bereits im April 1922 unserem Rat nach dieser Richtung gefolgt wäre. Gemiß ist es gelungen die Kennenmark dieses Rand des ersten Ermächtigungsgesetzes, zu halten. Auf die Dauer wird das aber nur möglich sein,

wenn für die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden eine Deckung geschaffen wird.

Neben dem inneren Haushalt haben wir jedoch auch die Kosten eines äußeren zu tragen. Die Kosten für die Bekämpfung, für Restitutions-, für Ausgleichszahlungen und Exportabgaben usw. Wir hoffen, daß die Sachverständigen zu Schlüssen kommen werden, die es dem deutschen Volke ermöglichen, auch von diesen äußeren Kosten zu tragen, was notwendig werden soll. Dabei werden wir auch weiterhin im Rahmen des Möglichen ermitteln müssen, und keine Regierung, welche noch im Laufe dieses Jahres in Deutschland ans Ruder kommen wird, wird um Erfüllungspolitik herumkommen. (Sehr mahel bei den Sozialdemokraten.) Auch Herr Thunen jr. will erfüllen, allerdings mit einer Rechtsregierung, die die ganze Last auf die Lohn- und Gehaltsempfänger abwälzt. Das Reparationsprogramm der Gehaltsempfänger heißt: mehr arbeiten, Maul halten und Lohnsteuer zahlen! Um

die Drückebergerei von den Steuern zu befreien, prägt man das neue Schlagwort von der Ankurbelung der Wirtschaft. Die Kosten müssen aber nicht nur gerecht auf Besitzende und Nichtbesitzende verteilt werden; auf die Dauer ist es auch ein ganz unmöglicher Zustand, daß das besetzte Gebiet Reparationsproleten wird.

Das gesamte Deutschland muß gemeinsam für das besetzte, was Deutschland an Lasten überlegt wird. Das können die treuherzigen Rheinländer von Deutschland verlangen.

Was hat die Regierung getan, um einen Ersatz der Ricumo-Verträge vorzubereiten, die am 15. April abgelesen? In der Luft schweben allerdings Pläne: Man soll die Abfälle haben, die von den Reparationslasten auf die Eisenbahn abzufließen. Das heilige Gebot heißt an, daß an Stelle der Ricumo-Verträge Monopole kommen sollen, die vor allem die minderwertigen Verbrauchsgegenstände beinhalten würden. Zu den Bekämpfungskosten, die schwer auf Deutschland lasten, kann ich namens meiner Partei sagen: Wenn in der letzten Zeit immer wieder von Entente-generellen Summen für Neubauten von Kasernen verlangt worden sind, so ist das nicht nur unerhört, sondern auch ganz unverständlich vom Standpunkt der gläubigen Deutschlands aus. Trotzdem billigen wir es, daß die Regierung bisher mit Erfolg den Versuch gemacht hat, die Summen für die inneren Bekämpfungskosten aufzubringen; wenn das nicht geschehen wäre, hätte nämlich die rheinische Bevöl-

kerung die Folgen zu tragen. Erfreulicherweise können wir feststellen, daß

die jetzige englische Regierung sich bemüht, zwischen Frankreich, England und Deutschland eine Verständigung herbeizuführen und den Eintritt Deutschlands und auch Rußlands in den Völkerbund vorzubereiten. England will Völkerbundspolitik treiben, es wird sich, wenn Deutschland oder Frankreich dies unmöglich machen, aus dem europäischen Kontinent zurückziehen. Wir haben ein Interesse daran, daß wir wieder als gleichberechtigt unter den Völkern gelten.

Die erste Aufgabe der Regierung in den letzten Monaten war, den Etat zu balancieren. Der Etat für 1924 liegt noch nicht vor, nur ein Notgesetz, das die Regierung ermächtigen soll, weiter zu wirtschaften. Zugabe ist, daß seit der Stabilisierung die Ausgaben gedeckt und durch die Verordnungen vermindert wurden. Bedauerlich ist, daß zumeist bei den kulturellen und sozialen Ausgaben gespart wurde. Von den drei mit dem Abbau betrauten Staatssekretären kann man die Rücksichten auf den neuen Staat nicht erwarten, die die Republik zu verlangen hat. (Sehr wahr! links.) Es darf gerissenen Bureaufürsten nicht erlaubt werden, den Beamtenabbau in den Abbau der Republikaner und Demokraten zu verwandeln. Der Abbau darf indirekt nicht denen zugute kommen, die zwar das Geld der Republik nehmen, aber unter sich über die Republik schimpfen. Die Republik hat fürwahr nicht zuviel Demokraten in die Klemme gebracht; sie hat eher zu sehr auf Traktion und wohlverordnete Rechte Rücksicht genommen. Wo die realistischen Parteien an der Macht waren, haben sie die „Futterkrippe“ ganz anders zu befehen verstanden als die Republik. Der Beamtenabbau ist an sich notwendig; wir haben früh genug darauf hingewiesen. Der zu große Beamtenapparat stammt aber nicht aus der Republik, sondern aus dem Kriege und der Kriegswirtschaft. Da wir für ein armes Volk zuviel Beamten haben, muß der Abbau vollzogen werden. Aber für die abzubauenen Beamten müssen Instanzen geschaffen werden, an die sie sich wenden können. Leider sind wir mit unseren Vorschlägen nicht durchgedrungen. Ein guter Beamtenstand kann aber nur aufrecht erhalten werden, wenn die Beamten die Ueberzeugung haben, daß sie gerecht behandelt und anständig bezahlt werden. Die jetzigen Gehälter sind ungenügend. Es müssen Mittel beschafft werden, um die Gehälter zu erhöhen. Meine Partei will zu diesem Zweck die Einkommen über 8000 M. heranziehen.

Ein besonderes Kapitel des Abbaus ist der Abbau der Justiz. Aus Ersparnisrücksichten hat sich eine Maschinengewerkschaft entwickelt, wie wir sie selbst in den Zeiten der Sondergesetzgebung nicht gehabt haben. Wir bebauern die Richter, die mit gutem Gewissen dieser Schnelljustiz zu dienen haben. Bei der Bewilligung des zweiten Ermächtigungsgesetzes hat der Reichstag nicht daran gedacht, daß damit die ganze Strafprozedur und Zivilprozedur umgeordnet werden sollten. Hier hat das Parlament die Pflicht, in Einzelberatung nach dem Recht und nach dem Rechte zu sehen. Die Landesverwaltungsprojekte, mit denen „Frankfurter Zeitung“ und „Vorwärts“ befaßt werden, weil sie Mitteilungen über Bewaffnung illegaler Organisationen gebracht haben, sehen nicht nach Sparsamkeit aus. Zu gleicher Zeit werden rechts stehende Zeitungen wegen solcher Mitteilungen nicht bestraft. Das ist der Tod der Gerechtigkeit. In der Republik darf die Justiz nicht schließlich zugunsten bewaffneter völkischer Organisationen mißbraucht werden.

Am schlimmsten äußert sich die Sparsamkeit in der sozialen Gesetzgebung, die auf das Niveau der Armenpflege herabgedrückt

worden ist. Und das in einer Nachkriegszeit, die geradezu nach sozialer Reform schreit; das in einer Zeit, in der demokratische und christliche Arbeitervertreter feststellen müssen, daß von den Unternehmern ein rücksichtsloser Klassenkampf geführt wird. So werden die Arbeiter nach dem Kriege behandelt, in dem man das Außerste von ihnen verlangt, ein Jahr nach dem passiven Widerstand im Ruhrgebiet. Den Leuten, die gleichzeitig von Volksgemeinschaft reden, ist es nur darum zu tun, alle Lasten auf die Arbeiter abzumägen, die höchstens 60 Proz der Vorkriegslöhne erreichen. Von einer Hebung der deutschen Wirtschaftslage kann nicht die Rede sein, wenn es nicht gelingt, im Innern die Kaufkraft der Massen zu heben.

Wie denkt übrigens die Regierung über die Konferenz zur Beratung der Arbeitszeitfrage? Will sie nicht vorher endlich die Washingtoner Beschlüsse über die Arbeitszeit ratifizieren

oder will sie ein Referendum abwarten? In einer Zeit, in der der Arbeiter wehrlos ist, weil eine vom Hunger geplagte industrielle Referencarmee vor den Toren aller Fabriken steht, kann man vielen Arbeitern Vollen aufzwingen; kommen jedoch wieder bessere Verhältnisse, dann werden diese sich melden, denen jetzt restlos die sozialen Errungenschaften abgebaut werden. Der Abbau der staatlichen Fürsorge ist umso schlimmer, weil die Sachverständigen nicht die Wohlfahrtsunternehmungen unterstützen, sondern ihr Geld zur Unterstützung völkischer Verbände und zur Beilegung von Streiks hergeben. Die Folge dieser „Sozialreform“ ist, daß die Kriegsbekämpften und Sozialen'ner betteln gehen, wenn sie hungrig sind. Bei den heutigen Erwerbsverhältnissen ist

die Friedensmiete unmöglich. Die Aufwertung muß zugunsten der Allgemeinheit geschehen. Wenn den Hypothekengläubigern geholfen wird, warum

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

sollen dann die Sparfahrigkeit und diejenigen, die ihr Geld dem Reiche in Anleihen zur Verfügung gestellt haben, leer ausgehen?

Die Schätzungen des Voranschlags zum ersten Quartal 1924 enthalten 500 Millionen Goldmark Besitztümern und 700 Millionen Goldmark auf Arbeitseinkommen und Verbrauch. Darüber werden wir uns im Haushaltsauschuss noch zu unterhalten haben.

Ein Ausnahmezustand, der über 6 Monate aufrecht erhalten wird, widerspricht dem Geist der Verfassung. In Gesamtdeutschland war in den letzten 6 Monaten Ruhe und Ordnung nirgends ununterbrochen gestört. Der Ausnahmezustand, ursprünglich gegen Bayern erlassen, ist niemals gegen Bayern angewandt worden. Hätte die bayerische Regierung die notwendige Zivilcourage, dann wäre sie mit den reichsrechtlichen Banden längst fertig geworden; aber die politischen Organisationen sind sozusagen ihre eigenen, illegitimen Kinder. So weit mußte es kommen, daß selbst der Führer der Bayerischen Volkspartei im Landtag sagte, ein anständiger Mensch sei in Bayern, dieser „Ordnungszelle“, nicht mehr sicher. In Bayern geschah erst etwas, nachdem der Jubasohn Kahr nach dem 9. November seine Spießgesellen verriet, dieser Kahr, der von den Deutschnationalen solange als Bismarck gefeiert worden ist. Endlich ist der Minister v. Lossow gegangen worden.

Der Kampf der Reichsregierung gegen die bayerische Regierung um das Reichsrecht ist kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte.

Ueber die Einigung mit der bayerischen Regierung, vor allem über die Regelung der Wehrfrage, möchten wir Näheres erfahren. Was wir in der letzten Zeit in Sachen und Thüringen erlebt haben, war nichts als die Züchtung eines neuen Militarismus. Demgegenüber muß sich die Zivilregierung im Reich wieder zur Geltung bringen. In den letzten 8 Monaten war die Militärgewalt der Volksgewalt übergeordnet. Diesen Zustand hatte Deutschland als einziges Land Europas. General Hoffe war in Thüringen lebendig Vollstrecker der Wünsche der bürgerlichen Parteien. Die Reichswehr darf aber nicht mit Polizeibürokraten belastet werden, sonst muß sie abgeschafft werden.

Dem Ausnahmezustand müssen endlich gewisse Grenzen gesetzt werden durch ein Ausführungsgesetz nach Artikel 48.

Der militärische Ausnahmezustand ist nur noch aufrecht erhalten worden für die Thüringer Wahlen; am 1. März soll er endlich fallen. Wir sind dagegen, daß irgendeine Ermahnung auf zivilen Wege eingeführt wird. Vom bisherigen Ausnahmezustand haben nur diejenigen profitiert, gegen die er sich angelehnt richtete. Infolge der Generalsarbeit haben sich Kommunisten und Bolschewiken geradezu karnikelhaft vermehrt. Allerdings sind die Kommunisten vielfach die Büchsenpanzer derer gewesen, die für die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes eingetreten sind. Je mehr Anhänger die Kommunisten jedoch bekommen, desto zahlreicher werden die Stimmzettlerkataloge bei ihnen. Wer zählt eigentlich die Kosten für den Ausnahmezustand? Hier könnte gespart und das Geld verwendet werden zu einer besseren Befolgung der Schutzpflicht.

Wegen der Vorbereitungen, die von allen Parteien für die Wahlen getroffen sind, muß die Wahlreform für den neuen Reichstag verbleiben. Ueber eine Verlängerung der Legislaturperiode ist bei uns nicht diskutiert worden; wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Wahlen schon vor dem Juni stattfinden. Aber vorher haben wir das Recht, daß die Verordnungen der Regierung nachgeprüft werden. Wir sind nicht in der Lage, auf die Rechte zu verzichten, die der Reichstag hat. Wir haben unsere Wünsche in Initiativanträgen eingebracht. Wir verlangen eine ordnungsmäßige Beratung dieser Anträge. Der Reichstag hat jetzt nach 2 Monaten das Recht und die Pflicht, die Arbeit der Regierung zu kontrollieren. Das Gegenteil wäre die Abdankung des Parlaments. Wir wollen den Geist schärfen, der die Verfassung von Weimar geboren hat. Wir werden das im Interesse des deutschen Volkes tun, das uns dazu ausdrücklich das Mandat gegeben hat. (Lebh. Beif. v. d. Soz.)

Der Schweigsame Dr. Luther.

In unserer Abendausgabe vom Montag haben wir mitgeteilt, daß in einem Rundschreiben des Vereins Deutscher Schiffswerften behauptet worden sei, der Reichsfinanzminister Dr. Luther habe dem Werftbesitzer Rudolf Blohm mitgeteilt, er sei überrascht, daß aus den Kreisen der Industrie gegen die neuen Steuerforderungen kein größerer Ansturm erfolge. Angesichts der Tatsache, daß diese Aufhebung des Ministers dazu benutzt wurde, um „schlagkräftige Zahlen zu beschaffen“ und diese als Agitationsmaterial gegen die Steuern zu benutzen, haben wir den Reichsfinanzminister Dr. Luther aufgefordert, sich zu diesem schwerwiegenden Vorwurf zu äußern.

Herr Luther hat es vorgezogen, zu schweigen. Das kann wohl kaum anders gedeutet werden, als daß diese Äußerung wirklich gefallen ist. Wir begnügen uns einstweilen mit dieser Feststellung. Wir möchten aber meinen, daß es die Pflicht des Reichstages ist, von der Regierung Rechenschaft darüber zu verlangen, daß der Reichsfinanzminister Bestimmungen ermüntert, die zur Steuerbelastung der Industrie Veranlassung geben.

Lewald-Kommission und Innenministerium - Ein delphisches Orakel.

Der vierwöchentliche Beschluß der Abbauf Kommission über das Reichsministerium des Innern befolgt laut WLB, folgendes:

1. Für eine sechsmonatige und den finanziellen Belangen Rechnung tragende Bearbeitung der dem Reichsministerium des Innern obliegenden Aufgaben sind erforderlich und ausreichend: drei Abteilungen und ein politisches Bureau, das der Reichskommission für die öffentliche Ordnung unmittelbar unter dem geschäftsführenden Staatssekretär leitet; 2. das Reichsministerium des Innern wird ersucht die Umgestaltung des Ministeriums entsprechend der Ziffer 1 des Beschlusses mit unläßlicher Beschleunigung durchzuführen.

Der Reichsminister des Innern hat von dem ihm zustehenden Rechte, gegen diesen Beschluß Einspruch beim Reichskabinett einzulegen, keinen Gebrauch gemacht.

Banken und Industrie gegen Justiz.

Bei der Reichsregierung haben der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelsverband, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband der deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandels die folgende geharnischte Erklärung abgegeben:

„Ingeachtet ihrer Stellungnahme zu dem Inhalt der dritten Steueranordnung überhaupt und insbesondere zu der Frage, ob und nach welchen Grundsätzen hätte aufgewertet werden sollen, erklären die Spitzenverbände:

Nachdem jetzt eine Regelung der Aufwertungsfrage erfolgt ist, muß die Wirtschaft unter den gegenwärtigen Verhältnissen den größten Wert darauf legen, daß die durch die dritte Steueranordnung geschaffene Rechtsgrundlage in der Aufwertungsfrage unter keinen Umständen — weder durch Rechtsprechung noch durch Gesetzgebung — erneut erschüttert wird.

Dies fordert das Interesse an der Aufstellung der Goldbilanzen, an der Möglichkeit der Kreditbeschaffung und der ordnungsmäßigen Finanzverwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden und an einer dauernden Beruhigung der Wirtschaft überhaupt.“

Damit werden jene Organisationen bei der Reichsregierung wenig Erfolg haben, die die Aufwertungsfrage erst nach einem Reichsgerichtsurteil in die Hand zu nehmen wagte und — ihm folgte, ohne dabei den Mut zu haben, konsequent zu folgen.

Hitler als Ankläger.

Die mehrstündige Verteidigungsrede, die Adolf Hitler in der gestrigen Nachmittagsitzung des Münchener Prozesses gehalten hat, zerfällt in zwei Teile: Der erste Teil, in dem der Führer der Nationalsozialisten seinen psychologischen Werdegang schilderte und seine politischen Anschauungen darlegte, läßt sich mit einem einzigen Wort charakterisieren: Quatsch! Eine geistlose Aneinanderreihung antilemischer und antisozialistischer Gemeinplätze und Schlagworte, die er wohl selbst schon viele hundert Male in Volkspersammlungen und Zeitartikeln zum Besten gegeben hat. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß dieser Quatsch hunderttausenden von Menschen als die Quintessenz politischer Weisheit erscheinen wird. Und es soll sogar zugegeben werden, daß Hitler selbst als ein psychopathischer Schwärmer, der vieles gelesen und nur wenig kapiert hat, an all den Unsinn fanatisch glaubt, den er seit Jahren predigt.

Weit interessanter ist der zweite Teil der Verteidigungsrede Hitlers, der die Vorbereitungen zum Novemberputsch und seinen Verlauf betrifft. Wir sind einer besonderen Zuneigung für die gefährlichen Psychopathen gewiß nicht verdächtig, müssen jedoch anerkennen, daß nach der Schilderung, die er von seinem Unternehmen gibt und die zweifellos zum allergrößten Teil der vollen Wahrheit entspricht, Adolf Hitler als eine verhältnismäßig sympatische Erscheinung bezeichnet werden kann. Einmal, weil dieser Fanatiker, der sich mit Leib und Seele für sein verdrängtes Unternehmen eingesetzt war, als ein Mann der Tat, wenn auch der Wahnsinnst, erscheint, vor allem aber, wenn man sein Verhalten mit dem seiner Mitverschwörer Kahr, Lossow und Seiger vergleicht.

Die Darstellung Hitlers, lebendig, ja sogar zum Teil packend, bildet zumeist eine Bestätigung alles dessen, was man über die hochverräterische Tätigkeit der amtlichen Persönlichkeiten in der bayerischen Hauptstadt seit November wußte: die Kahr, Lossow, Seiger, sie alle hatten längst vor dem 8. November, teils getrennt von den Nationalisten, teils mit ihnen gemeinsam gegen das Reich und gegen die Verfassung konspiziert. Die Logik steht vollständig auf Hitlers Seite, wenn er erklärt: War der bayerische Ausnahmezustand gegen einen drohenden Rechtsputsch verhängt worden, so wäre es die Pflicht Kahrs gewesen, mich zu verhaften und nicht mit mir zu verhandeln. Und weiter: Hatte nun einmal Lossow seinen Vorgesetzten Geßler und Seekt den Gehorsam verweigert, dann war ich berechtigt, anzunehmen, daß er auf's Ganze gehen würde. Und vor allem ist seine Schlussfolgerung von einer geradezu zwingenden Logik: Wenn ich schuldig bin, dann sind es die anderen, die nicht auf der Anklagebank sitzen, in mindestens ebensolchem Maße. Das ist nicht nur Hitlers Ueberzeugung, das ist auch die unsrige, die wir seit dem ersten Tage vertreten haben. Nach der sehr lebendigen und präzisen Schilderung der Ereignisse in den Tagen vor dem 8. November und am Putschabend selbst, kann darüber nicht der leiseste Zweifel mehr herrschen: Hitler ist ein Hochverräter, zugleich aber ein Fanatiker und Draufgänger, Kahr und Lossow sind Hochverräter, stehen aber moralisch unter Hitler.

Es wird zweifellos noch manches zu erklären sein, insbesondere die Beweggründe und Einfälle, die Kahr, Lossow und Seiger veranlaßt haben, in der Nacht vom 8. zum 9. ihren Treubruch an Hitler und Ludendorff zu begehen. Auch ein anderer Punkt bedarf nach den etwas unklaren Andeutungen Hitlers dringend der restlosen Klärung: Er sprach verschiedentlich von der durch Herren aus Norddeutschland überbrachten Versicherung, daß in den gleichen Tagen ein Vorschlag in Berlin zu erwarten gewesen sei. Er nannte in diesem Zusammenhang ausdrücklich den General v. Seeckt. Es ist durchaus möglich, daß jene norddeutschen Herren, über die vermutlich Herr v. Graefe als Zeuge nähere Auskünfte geben könnte, bei diesen Bekundungen den Namen Seeckt gedächlich mißbraucht haben. Aber es ist immerhin auffallend, daß in jenen Tagen in Berlin die gesamte Rechtspresse für die Diktatur Stimmung zu machen versuchte, daß Herr Hergt nach damals unwiderrprochen gebliebenen Presse- nachrichten dem Reichsanstler Stresemann unter Berufung auf eine Aussprache, die er mit General v. Seeckt gepflogen haben sollte, diese Diktaturforderung in fast ultimativer Form im Namen der deutschnationalen Partei erhob; und vor allem muß darauf hingewiesen werden, daß gerade in jenen Tagen die Sozialdemokratie aus dem zweiten Kabinett Stresemann mit dem im Reichstag ganz offen kolportierten Argument hinausgedrängt wurde, daß es für die Reichswehr eine wesentliche „politische Entlastung“ bedeuten würde, wenn das Reichskabinett von „marxistischem Einfluß“ befreit wäre. Es entsteht daher die nicht nur für die Reichswehr, sondern für unser gesamtes politisches Leben äußerst unangenehme Frage: Was wäre am 12. November in ganz Deutschland geschehen, wenn der Putsch in München nicht vorzeitig am 8. ausgebrochen wäre? Wir hoffen, daß die weiteren Probeverhandlungen auch diesen Punkt rücksichtslos klären werden, und zwar in aller Deffentlichkeit.

Deutschnationale Verleumdungen.

Und wie sie zustande kommen.

Die Landesgeschäftsführerin der Deutschnationalen in Pommern, Frau Plath, veruchte vor kurzem die Deutschnationalen Gemüter in einer Versammlung in Köslin dadurch zum Kochen zu bringen, indem sie behauptete, die demokratische Abz. Frau Dr. Bäumer habe in den Tagen der Ruhrinvasion Sammlungen zum Bau eines Kinderheims für französische Kinder und für die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs veranstaltet, was in Deutschnationalen Augen natürlich ein fürchterliches Verbrechen ist. Die ganze Sache stimmt aber nicht. Von Frau Dr. Bäumer zur Rede gestellt, gibt Frau Plath nunmehr als Quelle ihrer falschen Behauptungen ein Gespräch zwischen drei ihr unbekanntem Damen in der Untergrundbahn an, dessen Zeuge sie am 6. Januar gewesen sei. Auf diese Weise kommen deutschnationale Verleumdungen zustande.

Herabsetzung der Gütertarife.

Erhöhung der Fahrpreise.

Amlich wird mitgeteilt: Um dem Bedürfnis der Reichsbahn nach Steigerung ihres Umsatzes und zugleich dem Bedürfnis der deutschen Volkswirtschaft, Rechnung zu tragen, werden mit Zustimmung der Reichsregierung die Gütertarife einschließlich des Tierariffs und des Kohlenansahmetariffs am 1. März um 10 Proz. ermäßigt. Die Einnahmen der Reichsbahn müssen aber auf alle Fälle gesteigert werden; es ist daher eine gleichzeitige Regulierung der Einzeltarife im Personenverkehr nötig.

Die feldherigen Sätze in der 3. und 4. Klasse sind noch die Friedenssätze und decken darum bei weitem nicht die Selbstkosten. Dieser Fehlbetrag in der Höhe von rund 1 Million Goldmark täglich, über 300 Millionen jährlich, der den Güterverkehr stark belastet, bedrückt die Allgemeinheit, um den Personenverkehr zugunsten der einzelnen Reisenden zu schonen.

Die aus der Inflationszeit stammende, besonders starke Verteuerung der 1. Klasse hat bei den heutigen Verhältnissen zu ihrer Beruhigung und zur Ablenkung des internationalen Reiseverkehrs auf Reisezüge geführt die Deutschland meiden.

Die Fahrpreise werden nunmehr vom 1. März ab 3 Pfg. in der 4. Klasse, 4,5 Pfg. in der 3. Klasse, 6,5 Pfg. in der 2. Klasse und 9,5 Pfg. in der 1. Klasse betragen. Das bedeutet eine Erhöhung gegen den Friedenspreis um 26 Proz. in der 4. und 3. Klasse, 47 Proz. in der 2. und 37 Proz. in der 1. Klasse. In den internationalen Fahrplankonferenzen ist die Höhe des Tarifs für die 1. und 2. Klasse wiederholt als Hindernis für die Einlegung internationaler Durchgangszüge für Deutschland bezeichnet worden, so daß eine weitere Erhöhung hier verkehrsschädlich wirken muß.

Um den Bedürfnissen des Berufs- und Verkehrsverkehrs Rechnung zu tragen, werden die Preise für Monatskarten, der Schülermonatskarten, der Wochenkarten, der Kurzarbeitermonatskarten und der Arbeiterfahrkarten von der Erhöhung ausgenommen. Für den Ausfuhrverkehr sind die Sennkarten ausgedehnt worden, außerdem werden zur Ferienzeit Sonderzüge zu ermäßigten Preisen fahren.

Moskauer Hohlspiegel.

Beschimpfungen gegen die englische Arbeiterregierung.

In der amilischen „Pravda“ und in den Resolutionen der Sowjetkongresse fanden sich zunächst warme Worte der Anerkennung und Bestätigung, daß England die normalen Beziehungen zu Sowjetrußland aufgenommen hatte. Der friedliche Ton hielt aber nicht lange an. Es hat bereits eine Beschimpfung der englischen Arbeiterminister eingeleitet, die an Niederträchtigkeit alle bisherigen Leistungen auf diesem Gebiete in den Schatten stellt. So heißt es über den Genossen Macdonald:

„Wir dürfen erwarten, daß er die Außenpolitik des englischen Imperialismus fortsetzen wird, eine Politik, die sich zusammenschließt aus Habgier, Heuchelei, Gemeinheit und Schlaubeit, eine Politik, die auf der grausamsten Ausbeutung verschiedenster Länder beruht. Macdonald wird auch den heuchlerischsten kapitalistischen Politiker übertreffen.“

Der Kolonialminister Genosse Thomas wird folgendermaßen charakterisiert:

„Thomas ist der Vorstehende der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, und man darf annehmen, daß er die schmutzige Arbeit des politischen Imperialismus in den Kolonien mit dem gleichen Erfolge fortsetzen wird, wie seine Vorgänger auf diesem Posten.“

Edney Webb wird als „Erzleher der Arbeiterbureaucratie“ bezeichnet. Lieber Tom Shaw heißt es, er werde, „dem Beispiel seiner deutschen sozialistischen Genossen folgend, die Arbeitszeit eher verlängern als verkürzen“. Henderson ist selbstverständlich „der englische Roste“. Weatley wird als „kleiner Besitzer und sehr schlauer Politiker vom menschewistischen Typus“ bezeichnet. Haldane wird vorgeworfen, daß er „ein Freund“ des Erzleifers Wilhelm war. Außerdem sei er Großgrundbesitzer, wodurch erwiesen sei, daß die Arbeiterpartei nicht nur Arbeiter sondern auch Junker in ihre Reihen aufnehme. Als ob die russischen Kommunisten den Grundbesitzern den Zutritt zu ihrer Partei grundsätzlich versperren hätten!

Es war voranzuzusehen, daß eine Kritik der englischen Politik in Moskau einsehen würde. Wenn aber dieser Kampf in der schmutzigen Form geführt wird, so beweist das nur, daß unter den russischen Kommunisten nicht die die Oberhand haben, die ehrlich eine friedliche Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit England anstreben, sondern jene Leute um Sinowjew, die ihre Schimpfereien als die revolutionäre Tätigkeit der Welt betrachten und revolutionäre Phrasen höher schätzen als die „Anerkennung“ Sowjetrußlands und die Besserung seiner wirtschaftlichen Beziehungen.

Englischer Militärkontrollvorschlag.

Paris, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die von der englischen Regierung am Montag der Reichsministerkonferenz überreichte Note über die Militärkontrolle in Deutschland enthält, wie verlautet, den Vorschlag, die Internationalisierte Militärkontrollkommission die ihre im Friedensvertrag übertragenen Aufgaben beendet habe durch ein einfaches Garantiekomitee zu ersetzen. Nach den englischen Vorschlag soll dieses Komitee zunächst mit der Aufgabe betraut werden, den gegenwärtigen Stand der deutschen Rüstungen zu untersuchen und die Stärke der deutschen Truppen und die Bestände an Waffen und Ausrüstungsmaterial genau festzustellen.

Die Poplar-Debatte.

Ein kritischer Tag für die Arbeiterregierung.

London, 26. Februar. (WLB.) Im Unterhaus begann heute nachmittags 4 Uhr die Poplardebatte. Das Haus war voll besetzt. Das liberale Parlamentsmitglied Briant brachte einen Antrag ein, in dem gesagt wird, daß das Unterhaus die Aktion der Wohlfahrtsminister für geeignet hält, Ungeheuerlichkeit und Unordnung zu ermutigen und in dem als wirkliche Heilmittel für die schwierige Lage der bedürftigen Beirte eine Reform der Londoner Verwaltung und des Armengehilfsystems gefordert wird. Der Antrag wurde von dem Liberalen Keens unterstützt. Hierauf verteidigte der Wohlfahrtsminister Weatley in längeren Ausführungen den von ihm unternommenen Schritt.

Englisch-dänisches Paktabkommen. Amlich wird bekanntgegeben, daß zwischen Großbritannien und Dänemark ein Abkommen getroffen wurde, durch das vom 1. März ab Reisepässe zwischen beiden Ländern nicht mehr erforderlich sind.

Neue polnische Minister. Nachdem Sikorski das Kriegsministerium übernommen hatte, war auch der Innenminister Soltka zurückgetreten; er ist durch den früheren Ministerpräsidenten Sulski ersetzt worden.

Kein Aufstand in Bulgarien. Die Nachrichten über eine Revolution in Bulgarien werden von der hiesigen bulgarischen Gesandtschaft dementiert.

Einmarsch in der SPD. Auf dem Kommunistischen Bezirkskongress Mittelrhein wurde nach einem Referat des Volkskommunisten Thälmann (Hamburg) und nach einem Korreferat des Kampfbundes Walter Stöcker gegen vier Stimmen eine Entschließung im Sinne der linken SPD. angenommen und die Bezirksleitung ausschließlich mit linken Kommunisten besetzt.

In Braunschweig werden Vorbereitungen zum Volksentscheid über die Auflösung des Landtags getroffen. Für den Inzulassungsantrag sind die erforderlichen 2000 Unterschriften erreicht worden. Die Bewegung wird von den bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Demokraten getragen.

Stresemann wird heute auf dem Landesparteitag der Deutsches Volkspartei in Braunschweig sprechen.

Hitler belastet Kahr und Lössow.

Sein Verbrechen ist auch das ihre.

München, 26. Februar.

In der Nachmittagsverhandlung äußerte sich Hitler dann über die Vorgänge vor dem 9. November. Er betonte zunächst, daß es eigentlich sei, daß ein Mann, der jahrelang als Soldat blind gehorcht, mit dem Staat in Konflikt kommen könnte. Ich bin als 18jähriger Mensch gemunt worden, mein Brot selbst zu verdienen. In Wien lernte ich erstens das soziale Elend, zweitens das Rassenproblem kennen, und zwar die Rasse, die der größte Feind der arischen Rasse ist, drittens lernte ich die Partei kennen, die das Elend der Rassen ausnützt und mit den Semiten verbunden war, die Margisten. Ich ging von Wien

als Antisemit und Todfeind des Marxismus

fort. Ich ging nach München. Dann meldete ich mich, als der Krieg ausbrach, bei der deutschen Armee, da ich überzeugt war, daß das Schicksal bei der deutschen Armee ausgefallen würde. Ich war ferner überzeugt, daß, wenn die Regierung die marxistische Frage in Kürze nicht lösen würde, alle Blutopfer umsonst sein würden. Ich kam 1916 ins Lazarett. Dort hatte der Gehorsam überhaupt aufgehört, während draußen noch Disziplin herrschte. Ich hatte im Lazarett einmal ein Buch über Kriegswissenschaft, da fragte mich ein Arzt, Dr. Stettiner, warum ich den „Anfinn“ lese. Da war mir klar, warum im Lazarett der Gehorsam untergraben war. Dann kam das Kriegsende und die Revolution. Als ich in Stettin hörte, daß die Revolution ausgedroht war, war ich entschlossen, mich der Politik zuzuwenden. Ich ging nach München zum Ersatzbataillon. Dann trat die Deutsche Arbeiterpartei ins Leben, deren siebentes Mitglied ich war. Ich wandte mich dieser kleinen Gruppe zu, weil sie losgelöst war von allen marxistischen Gruppen. Die marxistische Bewegung war, das erkannte ich, die Lebensraute für unser Volk. Wo die marxistische Bewegung überwiegt, muß die Kultur zugrunde gehen. (1) Der Marxismus entfremdet das Kind, den Jüngling dem Elternhaus und der Gesellschaft (2); er macht ihn zum Todfeind seiner Blutgenossen und zum Bruder des Landesfeindes. (3!)

Der Angeklagte verbreitet sich dann über den Ruhrkampf und sagt: Die Regierung hat Tausende junger Leute, die mit dem schwarz-weißen Band aus dem Ruhrgebiet nach dem unbesetzten Gebiet strömten, wieder zurückgeschickt. Man hat den Freiheitskampf einer Nation zum bezahlten Generalstreik degradiert. Man zerrüttete das deutsche Finanzwesen und organisierte die Banden, die dann später als Separatisten auf uns Deutsche losgingen. Es ist der Furch der damaligen Regierung, daß sie die Welle nationaler Begeisterung nicht zur großen Bewegung emporkriechen ließ, sondern sie, wie im Jahre 1914, hat verkümmern lassen.

Über Kahr sagt Hitler, er sei ein biederer Beamter, aber damit Schlutz keine eiserne Faust. Er führt fort:

Herr v. Kahr scheint mir nicht der Mann, die Erwartungen der nationalen Parteien zu erfüllen. Ich glaube bestimmt, daß er im Augenblick des Kampfes zusammenbrechen würde. Angenommen, wir hätten damals die Absicht eines Putsches gehabt, und die Polizei hätte das erfahren, da entschließt sich das Ministerium, einen Generalkommissar zu ernennen. Es wäre doch ganz selbstverständlich von Kahr gewesen, mich hinter Schloß und Riegel zu legen. Statt dessen stellte ich v. Kahr in einer Konferenz feindlich meinem Vertreter vor und bedauerte, mich nicht persönlich sprechen zu können. Aber bereits 14 Tage vor dem Putsch war beschlossen worden, die nationale Bewegung in eine militärische Faust zu legen. Der wahre Kampf war ja auch vom ersten Tage an Kampf gegen Berlin!

Ich habe bei Oberst v. Seißer Protest gegen das Regierungsverbot eingelegt. Seißer erklärte, das Verbot sei durch den Ausnahmezustand begründet. Es sei aber keine Spitz gegen uns.

Wer hat nun geschlagen? — Kahr oder Knilling oder Seißer?

Ich habe in Erinnerung mit Hauptmann Heiß eine Unterredung. Er meinte, mein Zögern sei unverständlich, da Kahr doch die Fahne aufrollen und nach Berlin marschieren wolle. Ich meinte, daß Kahr sich kaum auf die staubige Landstraße begeben und daß andere Leute sich im letzten Augenblick als Retter aufwerfen würden. Es waren damals Föderationsbestrebungen im Gange, und es war zu befürchten, daß Herr v. Kahr der Lage nicht gewachsen war. Ich stand auf dem Standpunkt, daß der Kampf zwischen Bayern und Berlin verloren war, wenn die 54 Millionen Deutsche gegen 6 Millionen Bayern standen. Wir wollten nicht liberale Rechte erkämpfen. In einer zweiten Unterredung mit Heiß wurde ich unterrichtet, daß Kahr, Lössow und Seißer den Kampf tatsächlich aufnehmen wollten.

Welche Vorbereitungen getroffen wurden, kann ich in öffentlicher Sitzung nicht sagen.

Aber die Vorbereitungen erweckten die Ueberzeugung in mir, daß der Kampf unvermeidlich sei. Eggeling v. Lössow war General und

hatte dem Chef der Heeresleitung den Gehorsam verweigert.

Es war kindlich, anzunehmen, daß danach etwas anderes möglich war als Kampf bis zum Überleben. Ein Militär, der nicht gehorcht, kann sich nicht erhöhen, er muß weg oder kämpfen. Letzteres ist, ist er ein gewöhnlicher Rebell und muß fallen. (Beifall im Zuschauerraum.)

Ich habe Lössow damals erklärt, daß er auf der schiefen Ebene sei, da er dem Kampf statt den Charakter einer deutschen Erhebung nur den Charakter einer bayerischen Ablehnung gegeben habe. Lössow antwortete: „Nun ist nichts mehr zu ändern. Was soll geschehen?“ Ich erklärte, das Volk habe etwas anderes erwartet, als eine Bierpreisermäßigung oder andere lächerliche Maßnahmen. An Stelle Kahrs müsse der energischste und fähigste Mann stehen, wie z. B. Böhner. Ein Kampf nach Norden könne von bayerischen Organisationen allein nicht getragen werden, sondern nur von einer nationalen Armee. Der einzige Helfer, der dafür in Frage komme, erklärte ich, sei General Ludendorff. Lössow hatte gegen Ludendorff nichts einzuwenden, oder Heiß, der ein Gegner Ludendorffs war.

Lössow akzeptierte Ludendorff und auch mich.

wünschte aber auch norddeutsche Herren, deren Namen ein Programm bedeuteten. Lössow hat damals nicht erklärt, er wüßte den Kampf nicht; er stand ja schon mitten drin.

Dieser Eindruck verstärkte meine zweite Unterredung mit Lössow. Wegen des Konfliktes mit dem „Völkischen Beobachter“ suchte ich Lössow abermals auf, der ganz geknallt war, weil der Kampf unvermeidlich war. Ich sagte: „Eggeling, ich habe in dem Konflikt treu zu Ihnen.“ Dieses Versprechen war nur Lössow gegeben und wurde mir bitter schmerz, da ich von Herrn v. Kehr nicht hinter Lössow, sondern hinter Seidt. Auch Herr v. Graefe hatte mich vor Lössow gewarnt. Ich habe mein Versprechen treu und ehrlich gehalten. Ich habe Lössow nie das Versprechen gegeben, daß ich hinter v. Kahr stände. Ich habe nur dumme Worte gegeben, im Kampf um ihre Existenz Kahr und Lössow keine Schwierigkeiten zu machen. Lössow hat immer fürchter behauptet, er wolle den Kampf, aber er müsse eine 51 prozentige Garantie für den Erfolg haben. Gegen Ende Oktober trat ein Einigungsumschwung ein. Es kamen Herren aus Berlin, die erklärten, Seidt trage sich mit ähnlichen Plänen. Lössow erklärte, daß, wenn Seidt aus Baden käme, dann nur eine Lösung bliebe: „Entweder Seidt tritt mich, oder ich ihn.“ Ich sagte, daß Seidt Lössow sicher zur Verantwortung ziehen werde. Man knüpfte darauf aber doch Fäden nach Berlin an, aber Kahr, Lössow und Seißer hatten die gleichen Ziele mit uns, an Stelle der marxistischen, internationalen Reichsregierung einen nationalen Diktator zu setzen. Wenn Lössow oder Seidt an Oberst des Anfinnens stellten, zu gehen, da die Truppen ihm nicht mehr gehorchten, so wäre das keine Gewalttat, sondern ein Staatsstreik, wenn mein Unternehmen Hochverrat war, so waren Kahr, Lössow und

Seißer auch Hochverräter. Seißer verlangte noch eine kurze Frist, da er nach Berlin fahren wolle. Nach seiner Rückkehr wich er mir jedoch aus. Die waren in einer eigenartigen Lage. Wir hatten nicht, wie Lössow, Rekruten vor uns, denen man sagte, der Staatsstreik ist abgefaßt, er findet nächste Woche statt, wir konnten unsere Leute nicht dauernd aufstammeln lassen. Lössow seßte nur der Mut zum Absprung. Auch von Seißer hatte ich den Eindruck: Er macht mit. Ich denke an 1920, als Ehrhardt in Berlin einrückte und in München ein Zentrum mit zehn Mann die roten Minister zum Teufel jagte. Diese an sich verfassungswidrige Tat hat Bayern zum Segen gereicht.

Hitler ging dann mehr auf die unmittelbare Vorgeschichte der November-Ereignisse des vorigen Jahres ein: „Ich erfuhr, daß Lössow in der letzten Zeit in Verhandlungen mit Herren von Norddeutschland sich zum Standpunkt der Allianz bekannt hatte, aber ich konnte nicht begreifen,

warum nicht in Norddeutschland auch andere Generäle losgeschlagen.

Das Wollen war bei ihnen da, aber der Wille war schwach. Mein Eindruck von der Besprechung am 6. November war dieser: Kahr, Lössow und Seißer waren soweit, daß sie nicht mehr zurück konnten, daß sie sich schlagen mußten. Kahr hat Dinge gemacht, die ein Generalkommissar gar nicht machen dürfte. Oberst Seißer hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß der Landtag nicht mehr zusammenzutreten werde. Knilling war nicht mehr in der Lage, gegen Kahr vorzugehen. Für uns war also die Lage geklärt. Die Frage war nur, wann wollten die Herren das längst Beregelte in die Tat umsetzen?

Am 6. November hatten Sie uns erklärt: „Wir sind zum Handeln bereit.“ Lössow hat in einer Offiziersbesprechung gesagt: „Ich bin unter gewissen Voraussetzungen zum Staatsstreik bereit, aber das Signal müssen wir geben.“

Wir befürchteten, daß der Anstoß von einer Seite kommen würde. Die Bewegung in ein föderalistisches Fehrwasser lenken würde. Deshalb habe ich am Abend des 6. November zusammen mit zwei anderen Herren die nicht mehr am Leben sind, den Beschluß gefaßt, daß wir den Anstoß geben wollten. Am 7. November haben wir uns dann in einer Sitzung auf einen Plan geeinigt. Ich stand auf dem Standpunkt, daß niemand etwas von diesem Plan erfahren dürfte, der es nicht unbedingt wissen mußte. Es war uns zwar nicht bekannt, daß dieser Plan in allen Kreisen erwartet wurde, daß man auf die Stunde der Lösung hoffte. Wir haben dann beschlossen, alle älteren Herren, die Familie und Kinder hatten, nicht zu benachrichtigen. Auch Ludendorff sollte wegen seiner Stellung als Offizier nichts davon wissen. Seine Hofnung im gegebenen Moment war ganz klar, denn Ludendorff hatte ja die ganze Zeit nichts anderes mit Lössow zu tun, er mußte als Mann von Charakter die Konsequenzen ziehen. Meine militärischen Führer mußten nichts von dem Plan, sie wußten nicht einmal, weshalb die Truppen alarmiert wurden. Risse von ihnen sind zu Unrecht eingepreßt worden, denn sie haben sich keines Vergehens schuldig gemacht, wie

die Herren Kahr, Lössow und Seißer, die bis in das kleinste Detail die Dinge mit uns vorher besprochen hatten.

Am 7. November wurde als Termin der Aktion der 8. November bestimmt. An diesem Tage sollte Kahr eine Versammlung abhalten, und da schien es mir am leichtesten, eine vollendete Tatsache zu schaffen. Wir wollten den Saal umstellen, Kahr, Lössow und Seißer herausbitten und ihnen sagen, daß sie jetzt die Konsequenzen ziehen mußten. Am Abend des 8. November erfuhr ich dann noch, daß eine Besprechung zwischen Ludendorff, Kahr, Lössow und Seißer ergeben hatte, daß die letztgenannten Herren nun wesentlich präziser und energetischer wären. Hätte ich allerdings geglaubt, daß diese Herren beabsichtigen, die Sache am 12. November ins Rollen zu bringen, dann hätte ich von meinem Plan Abstand genommen. Meine militärische Leitung hat, wie gesagt, nichts gewußt. Wenn sie es ahnte, dann ist es allerdings kein Wunder, die Proklamation Kahr galt ja allgemein als die der neuen Revolution. Meine Leute dachten eher, die Entscheidung werde von Kahr ausgehen und wir wären nur zur Unterstützung da. Außerdem pilften es ja die Spähen von den Dächern, daß der Staatsstreik bevorstand.

Am 8. um 8 Uhr aber begab ich mich dann mit meiner Begleitung zum Bürobräuereier, wo im Saal und vor dem Keller große Menschenmengen versammelt waren. Es war ein großes Aufgebot von Polizei anwesend. Ich ging zunächst in den Saal, wo ich erkannte, daß es bei dem ungeheuren Umfang der Versammlung unmöglich sein würde, die Herren herauszubitten. Ich ging wieder in die Vorhalle zurück und ließ durch einen meiner Herren Ludendorff benachrichtigen. Die anwesenden Polizeibeamten bat ich, im Hinblick auf die starken Ansammlungen vor dem Gebäude, die Straße freizumachen, was sie auch taten. Um 10 Uhr kam dann mein Stochtrup, der die Vorhalle besetzte. Drei Mann nahm ich mit mir und ging dann mit gezogener Pistole in den Saal. Ich hatte die Waffe deshalb gezogen, weil ich damit rechnen mußte, daß ich von einem der anwesenden Offiziere niedergeschossen werden würde. Von einem Anschlag auf Kahr kann keine Rede sein. Ich mußte ja auch die Pistole dauernd in der Luft halten, weil ich mir mit den Eisenbogen Bag verschaffen mußte. Als ich in den Saal trat, gab ich einen Pistolenschuß ab und warf ein paar kurze aufblühende Sähe in die Waffe hinein, denn anders hätte ich mir niemals Ruhe verschaffen können. Kahr trat sofort

zitternd und bleich

vom Podium zurück. Ich bat dann Kahr, Lössow und Seißer heraus und verführte ihnen sofort, daß ihnen nichts passieren würde. Ich war genau so Herr meiner Sinne, wie an jedem anderen Tage. Kahr war ganz geknallt und gedrohen. Er tat mir aufrichtig leid, ebenso, wie es mir leid tat, daß ich zwei Offiziere so herausbringen mußte. Die Worte, die ich in der Unterredung gesagt habe, sind dann in der Öffentlichkeit entweder gefälscht oder aus dem Zusammenhang herausgerissen worden. Kahr, der absolut nicht in einer Heldenseife stand, erklärte auf meine Versicherung, daß ihm nichts geschehen würde: „Ich fürchte mich auch gar nicht. Leben oder Sterben ist mir egal.“ Meine Pistole hatte ich inzwischen meinen Begleitern gegeben, sonst war keiner von uns bewaffnet. Die Herren Kahr, Lössow und Seißer sind nicht bedroht worden, das hätte ja auch keinen Wert gehabt. Ich habe sie nur an alles das erinnert, was sie mit uns besprochen hatten. Ich habe gesagt: Wenn Ihr Wien nicht gelingt, dann gehen wir zugrunde. Damit meine ich natürlich, mit der ganzen Sache zugrunde, denn ich sah voraus, daß die Herren dann auch ins Gefängnis kommen würden, eine Meinung, die ich jetzt allerdings korrigieren muß. (Gelächter.) Kahr sagte nur: „Ja, aber man muß doch zu einer Sache eine gewisse innere Freude haben.“ So wie ich herausgeführt worden bin, können die Leute doch nicht verlangen, daß ich von hier aus mitmache. Sie haben mich ja nicht einmal zu Ende reden lassen! Das war kein einziger Einwand. Lössows einziger Einwand war: „Erstens: ist die Sache auch im Norden losgegangen? und zweitens: ist Ludendorff bereit?“ Ich erklärte ihm darauf, daß ich vom Norden nichts wisse, und daß Ludendorff benachrichtigt sei. Bevor Ludendorff kam, trafen dann schon Dr. Weber und Böhner im Bürgerbräu ein. Da auf Kahr, Lössow und Seißer ebenfalls einsprachen. Ich war inzwischen noch einmal in den Saal gegangen, um die Versammlung aufzuklären, doch im Redenzimmer die Entscheidung faßt. Ich schlug dann der Versammlung die notwendige Lösung vor und ein ungeheurer Beifallssturm antwortete mir. Unter Hinweis auf diesen Beifall beruhigte ich Herrn v. Kahr.

Dann kam Ludendorff.

Er fragte mich ganz kurz, ob die anderen Herren durch sein Kommen bestimmt worden seien. Er erklärte dann, daß er genau so über rascht sei, wie alle anderen, daß aber für ihn das einzige Entscheidende sei, daß des Besprochenen nunmehr in die Tat umgesetzt werde. Er ließ auch keinen Zweifel daran, daß dies nur mit Kahr, Lössow und Seißer geschehen könne. Ludendorff sprach dann zuerst mit Lössow und Oberst Seißer. Beide waren zum Schluß ganz ergriffen und das Wasser stand ihnen in den Augen. Schließlich jagte Lössow zu Ludendorff: „Eggeling, Ihr Wunsch ist mir Befehl.“

Er reichte ihm die Hand und das gleiche tat auch Seißer.

Schließlich sagte dann Herr v. Kahr:

„Meine Herren, wie sind doch alle Monarchisten.“

Ich kann die Landesverweserschaft nur als Statthalter des Königs annehmen. Mir, so erklärte Hitler, war das egal. Ich habe zu Kahr gesagt, daß seine königliche Hoheit Kronprinz Rupprecht verständigt werden sollte, daß sich die Revolution nicht gegen ihn richte. Was später kam, war dann nicht mehr unsere Aufgabe. Darauf willigte Kahr ein. Ich werde nie vergessen,

wie er mit beide Hände reichte, mir ergriffen in die Augen schaute und sagte: „Sie wissen, Herr Hitler, wie ich Ihnen immer gegenübergestanden habe.“ Er konnte nicht weiterreden, das Wasser trat ihm in die Augen. (Große Bewegung im Saal.)

Es kann gar keine Rede davon sein, daß wir damals etwa wie Bestrebungen mit Wählern und Revolutionen hin- und hergeschwankt seien. Dann hätten wir im Saal nicht diese riesige Begeisterung erzielt. Im übrigen bin ich allerdings Antikatholik. Kahr sprach dann mit Böhner und Ludendorff und war dabei auch ganz ergriffen. Hätte Kahr damals erklärt, er wolle nicht, dann wäre ich für meine Person bereit gewesen, die Konsequenzen zu ziehen. Wenn ich das später nicht getan habe, dann nur deshalb, weil mir der Fall ganz undenkbar schien, nach allem, was vorausgegangen war. Nach diesen Vorgängen im Bürgerbräu erfuhr ich dann, daß beim 1. Bataillon des Infanterieregiments 19 sich einige Offiziere gewagt hätten, die neue Regierung anzuerkennen. Ich fuhr zum Wehrkreiskommando und später zum Bürgerbräu zurück, wo ich noch mit Lössow über die Vorgänge bei 1/19 sprechen wollte. Kahr, Lössow und Seißer waren aber schon fortgegangen. An ihr Ehrenwort glaube ich unbedingt. Übrigens behaupten ja die Herren selbst nicht mehr, daß sie unter Pistolenandrohung gestanden hätten. Sie geben ja selbst zu, daß sie erst beim Erscheinen Ludendorffs ihre Zulage gegeben hätten. Im übrigen ist es ein trauriges Zeichen, daß ich gerade die beiden Offiziere zuerst auf die Pistolenandrohung berufen haben. Es gelang mir dann in der Nacht nicht mehr, mit den Herren in Verbindung zu treten, allerdings glaube ich nicht daran, daß sie umgefallen wären. Vielmehr dachte ich, sie seien in die Hände ihrer Umgebung gefallen. Von diesem Gesichtspunkt aus müssen auch alle unsere späteren Versuche beurteilt werden. Bekanntlich haben sich die Herren aber nicht einmal um Eggeling Ludendorff telephonisch sprechen lassen. Lössow mußte wissen, daß Ludendorff nur deshalb sein Wort gegeben hatte, weil auch Lössow mitmachte. An Ludendorff ist also eine gewissenhaftigkeit sondiergleichem begangen worden, wenn man mich schon verdammen will. Wählich kam dann Oberst Leuthold, der uns berichtete, was Lössow vor seinen Offizieren erklärt habe. Diese Offiziere waren aber diejenigen, die schon damals mit dem Wehrkreiskommando in schärfstem Konflikt gestanden hatten, als der Konflikt zwischen Lössow und Seißer entstanden war; und ich hatte den Eindruck, daß sich Lössow in einem Kreise befände, der ihn nicht mehr herauslasse. Ludendorff hatte nur die unangenehme Chance, Kahr, Lössow und Seißer kennen auf jeden Fall nur gewinnen. Das bayerische Volk war da mit uns und ich noch heute für uns. Unsere Gefängnisse können, wie Sie sehen, das nicht hindern.“ Ich möchte hier auch betonen, daß, als wir im Bürgerbräu versammelt waren, bis 12 Uhr mittags weder von Kahr noch von den anderen Herren über ihre wirkliche Stellung aufklärt waren, erhoben sich für uns zwei Möglichkeiten: entweder in München zu bleiben oder den Kampf hinauszutragen. Das letztere bedeutete die Gefahr der Plünderungen, da uns Lebensmittel fehlten. Ludendorff und ich waren der Ansicht, wir müßten die öffentliche Meinung in München gewinnen und so wurde der

Marsch in die Stadt

beschlossen. Wir Führer stellten uns, wie es selbstverständlich war, an die Spitze und blieben nicht im Hintergrunde zurück, wie das die Kommunisten oder die Herren im anderen Lager belieben. Dr. Scheubner hatte eine Vorahnung seines nahen Todes. Er sagte zu mir: „Ich fürchte, wir geben unserer letzten Gang.“ Infolgedessen sagte ich zu General Ludendorff, der doch der wertvollste Mann war, es sei leicht möglich, daß wir niedergeschossen würden. Ich wollte ihn damit etwas im Hintergrunde halten. Über Ludendorff antwortete, wie ich es nicht anders erwartet hatte: „Wir marschieren!“ Unsere Leute hatten ihre Gewehre nicht geladen, wie ich betonte. Die Geiseln, die bei uns waren, und deren Schicksal, wie ich offen bekenne, mir sehr gleichgültig war, da sie im Rathaus und an anderen Stellen mit am Unglück Deutschlands gearbeitet haben, wurden freigelassen. (7) An der Ludwigbrücke trat uns Schutzpolizei entgegen. Die Leute hatten sogar geladen; sie sind nicht, wie Herr von Kahr das behauptet, entwaffnet worden, sondern sie sind von innerer Zerrissenheit bewegt beiseite getreten. Sie haben, daß in dem Zuge Leute marschierten, die die alten Ehrenzeichen aus dem Felde trugen. Einige unserer Anhänger riefen: „Schlagt doch die Kerle tot.“ Wir aber haben gesagt: „Läßt sie in Ruhe, es ist wahrscheinlich nicht nötig, daß sie, die Dreckgeleiteten, niedergestochen werden.“ Vor der Residenz trafen uns oberhalb Schupoleute entgegen, und vor der Fiederröhde kam Reichswehr heran.

Ein Gewehrstoß brachte,

nicht ein Pistolenschuß, wie die andere Seite behauptet. Gleich darauf folgte eine Salve. Ich hatte das Gefühl, einen Steckschuß in die rechte Seite bekommen zu haben, und ich stürzte zusammen mit Scheubner, der sich beimireingehängt hatte, zu Boden. Dabei rentte ich mir den linken Arm aus. Als ich wieder aufstand, sah ich nur Tote und Verwundete, Panzerautos und 70-80 Meter hinter mir unsere Leute. Ein Wagen brachte mich dann in Sicherheit. Dann wurde ich verhaftet, kam ins Gefängnis und las nun die schamlosen Lügen, die über mich verbreitet worden sind. Ich sollte am 6. November noch Kahr mein Wort gebrochen haben, ich sollte der Mann sein, der abwechselnd mit der Pistole und dem Maßkrug schielte. (Weinend.) Damals bedauerte ich, daß ich nicht gefallen sei an der Seite meiner Brüder. Es war für mich das Schamloseste, daß diese Leute, als ich wehrlos im Gefängnis saß, solche Lügen über mich verbreiteten. Ich bin loyal gegen Kahr und Lössow geblieben, bis ich unter den Augen zusammenbrach. Ich streite nicht ab, ich bekenne mich zu meiner Tat. Auch Oberleutnant v. Kriebel, der heute so vieles auf sich nehmen will, hat keine Verantwortung; ich trage sie allein. Aber ein Verbrecher bin ich darum doch nicht, und ich fühle mich nicht als solcher. Gewiß, ich bin kein deutscher Staatsangehöriger, aber ich habe in dem alten Deutschland, in dem Deutschland in Waffen, meinen Bürgerbrief erworben, und ich hoffe, daß die Zeit kommen wird, wo Deutschland über die schwarzen Grenzen hinaus ausgedehnt wird, wo es nur noch ein einziges großes Deutschland geben wird. (Beifall der Zuhörer.) — Wort: Ich erlaube um Ruhe, wir sind nicht im Theater.“ — Hitler fortsetzend: „Ich fühle mich als Deutscher, es wäre von mir charakterlos, wenn ich mir von irgendeinem Berliner, der sich nicht als Deutscher fühlt, oder der vielleicht noch nicht einmal Deutscher ist, ein Zertifikat über meine Staatsangehörigkeit ausstellen

lassen würde. Wenn ich hier als Revolutionär angeklagt bin, so bin ich doch kein Hochverräter an den Revolutionären vom 9. November 1918, an den Leuten, die uns den Frieden von Versailles gebracht haben. Ich habe keinen Hochverrat an den Verrätern begangen. Habe ich aber noch Meinung des Gerichts in den letzten Monaten wirklich Hochverrat getrieben,

so verstehe ich nicht, daß neben mir nicht die Herren Kahr, Löffow und Seifher sitzen.

Daß der Staatsanwalt nicht gegen sie wegen desselben Verbrechens Anklage erhoben hat. (Zustimmung im Zuhörerraum.) Wenn gegen diese Leute keine Anklage erhoben wird, so bin auch ich nicht schuldig. Ich wiederhole es, ich bekenne mich zu allem, was mir vorwerfen wird, aber moralisch schuldig fühle ich mich nicht. Ich fühle mich vielmehr als bester Deutscher, der das Beste gewollt hat, und ich bitte nun den Herrn Vorsitzenden, mir Fragen vorzulegen.

Vors.: Warum haben Sie die Minister im Bürgerbräukeller verhaftet? — Angekl.: Weil ich der Ansicht war, daß Herr Kahr sein Anschluß weniger peinlich würde und weil ich die Minister selbst vor eine vollendete Tatsache zu stellen wünschte. Am übrigen sollten die Herren am nächsten Tage freigelassen werden.

Vors.: Sind Ihnen die Zerstörungen in der „Münchener Post“ bekannt gewesen? — Angekl.: Ich verurteile meine Leute darum nicht. Was diese Zeitung am deutschen Volk gesündigt hat, das können auch tausend Zerstörungen nicht wieder gut machen.

Vors.: Sie haben auch Geiseln verhaftet lassen. — Angekl.: Das war notwendig, denn hätte ich die Leute nicht verhaftet, dann wären sie von unseren Anhängern auf der Straße totgeschlagen worden.

Vors.: Sie haben auch Maschinengewehre bei sich aufgeführt. Warum taten Sie das? — Angekl.: Aus moralischen Gründen. Im übrigen möchte ich noch hinzufügen: Es war uns bekanntgeworden, daß Herr v. Seede in Berlin am 12. November losgeschlagen wollte. Unsere Aktion war dazu bestimmt, die Ereignisse in Berlin zu beschleunigen. Wenn in München die völlige Idee siegreich blieb, so mußte man sich in Berlin doch die Frage vorlegen, ob man seine Hoheit Herrn

Chert noch halten oder ob man sich nicht unserem Vorgehen anschließen sollte.

Erster Staatsanwalt Stenglein: Herr Hitler hatte der Staatsanwaltschaft zugelegt, daß er uns über das Vorhaben und die inneren Gründe ein ausführliches Exposé machen wollte. Ich betone jedoch, daß wir bis heute das nicht erhalten haben. Ob die Beschuldigungen, die der Angeklagte gegen die Herren v. Kahr, Löffow und Seifher gerichtet hat, richtig sind, wird ja die Jugendvernehmung ergeben. — Hitler erklärte im Anschluß daran noch, daß er bei dem Ueberfall im Bürgerbräu nicht 600 Mann, sondern lediglich 12 Anhänger bei sich gehabt habe. — Erster Staatsanwalt: Haben Sie den Herren Kahr, Löffow und Seifher verboten, sich im Bürgerbräukeller im Saal oder im Nebenzimmer zu unterhalten? — Hitler (nach einigem Zögern): Vielleicht. Jamahl, ich erinnere mich, ich habe die Herren darum gebeten. Aber das ist wahrhaftig kein Befehl gewesen, denn schließlich hätte ich ja auch nichts machen können, wenn die Herren sich unterhalten hätten.

Ein Beisitzer: Sie wollten also, Angeklagter, die früheren verfassungsmäßigen Zustände durch ihr Vorgehen wiederherstellen? — Hitler: Ich wollte die Reorganisation unseres Volkes durch die jüdische Presse, durch die Gewerkschaften usw. aufheben und wollte dem Volk die Freiheit des Entschlusses zurückgeben. Es war alles ein Provisorium, auch das Amt Kahrs sollte nur provisorisch sein.

Derselbe Beisitzer: Glauben Sie, daß man heutzutage bei Putzern von rechts oder links mit der Reichswehr machen kann, was man will? — Hitler: Darauf kann ich in öffentlicher Sitzung keine Antwort geben. Ich betone nur nochmals: Es muß ein Unterschied zwischen der Reichswehr und meinen Leuten gemacht werden. Meine Leute waren ja auf die ganze Sache vorbereitet, aber sie sind doch schließlich keine Rekruten, denen man „Gillgestanden!“ oder „Geschoßten!“ kommandieren kann.

Hierauf wurde die Sitzung um 7 Uhr abends auf Mittwoch morgen 9 Uhr vertagt. Es sollen im Laufe des heutigen Tages die Angeklagten Weber und Pöbner zur Sache vernommen werden. Ludendorff selbst wird erst am Nachmittag oder am Donnerstag vernommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Schiedsspruch im Mühlenarbeiterstreik.

Im Berliner Mühlenhandwerk hat gestern abend 8 1/2 Uhr die vom Schlichter für Groß-Berlin, Wissell, zusammenberufene Schlichtungskammer einen Schiedsspruch gefällt, der die Löhne in der Lohngruppe A auf 27 M., in der Lohngruppe B auf 25 M. und in der Lohngruppe C auf 16,50 M. für die Woche festsetzt. Maßregelungen aus Anlaß des Streiks dürfen nicht stattfinden. Das Recht des Arbeitgebers aus § 123 der Gewerbeordnung soll dadurch nicht berührt werden. Die Wiedereinstellung der Arbeiter erfolgt nach Maßgabe der Arbeitsmöglichkeit des einzelnen Betriebes. Neueinstellungen betriebsfremder Arbeiter dürfen vor dem 15. März nicht stattfinden, solange noch bisher beschäftigte Arbeiter der betreffenden Mühle arbeitslos sind.

Die Kammer hat zum Ausdruck gebracht, daß der Streik bedauerlicherweise zum Ausdruck gekommen ist, ehe alle Verständigungsmöglichkeiten erschöpft waren. Sie hat an alle Beteiligten die dringende Mahnung gerichtet, in Zukunft von allen Verständigungsmöglichkeiten Gebrauch zu machen.

Die Arbeiter haben diesen Schiedsspruch sofort angenommen.

Auch die Versammlung der Streikenden hat den Spruch einstimmig angenommen. Stimmen auch die Arbeitgeber dem Schiedsspruch zu, dann wird die Versammlung der Streikenden heute mittig über die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen.

Hoffentlich geben die Arbeitgeber keinen Anlaß zum Einschreiten des Wehrkommandos gegen sie.

Geschlichteter Verständigungsversuch im Expeditionskampf

Im Berliner Expeditionshandwerk ist der vom Schlichter Wissell unternommene Versuch, zwischen den streikenden Parteien zu einer Verständigung zu kommen, trotz sechsstündiger Verhandlung leider ergebnislos gewesen. Der Hauptstreitpunkt zwischen den Parteien war schließlich noch die Bezahlung evtl. Ueberstunden. Für diese forderten die Arbeitnehmer ein Achtundzweigtel des Wochenlohnes, während die Arbeitgeber auch solche Ueberstunden bis zu einer Gesamtarbeitszeit von neun Stunden pro Tag in dem angebotenen Wochenlohn von 30 Mark abgegolten sehen wollten.

Der Schlichter hat nunmehr zu heute nachmittags 3 Uhr eine Kammer zusammenberufen, die, falls nicht noch eine Verständigung unter den Parteien erreicht wird, den Streitgegenstand durch einen Schiedsspruch zu beenden suchen soll.

Tarifabschluss in der Damenkonfektion.

In einer Versammlung aller in der Damenkonfektion beschäftigten Mitglieder des Bekleidungsarbeiterverbandes gab Schindler den Bericht über die Verhandlungen zum Abschluß eines Rahmentarifs. Die Arbeitgeber waren in der Rüdigungszeit des im November abgelaufenen Tarifs nicht zu bewegen gewesen, einen neuen abzuschließen. Erst durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums gelang es, sie an den Verhandlungstisch zu bringen. Es zeigte sich nun, daß allerhand Tarifverschlechterungen geplant waren; nur über die Frage der Stücklöhne konnte infolgedessen eine Einigung erzielt werden, als in Zukunft für die einzelnen Arbeitsstücke eine bestimmte Arbeitszeit an Stelle des bisherigen Gebührens festgesetzt wird. Alle übrigen Tarifbestimmungen blieben strittig und wurden einem Schlichtungsausschuss überwiesen.

Hier verlangten die Arbeitgeber, daß die Zeitlöhne, die bisher als Wochenlohn ausgezahlt wurden, in Stundenlohn umgewandelt würden. Der Protest der Organisation half nichts, der Schlichtungsausschuss entschied im Sinne der Unternehmer. Die Zuschläge auf Mutterarbeit belief der Spruch auch auf der bisherigen Höhe von 15 Proz., obwohl eine Erhöhung beantragt war. Die Arbeitszeit betreffend bestand die Arbeitgeber auf 150 Ueberstunden pro Jahr ohne Zuschlagzahlung. Infolge der überzeugenden Darlegungen der Verbandsvertreter konnte die Ueberarbeitszeit auf 120 Stunden herabgemindert werden. Alle anderen Bestimmungen

des Tarifs, besonders die Ferienfrage, die heiß umstritten war, ließ der Schiedsspruch in der alten Fassung bestehen.

In der Diskussion wurde betont, daß der Tarif nicht befriedige, und daß man besonders in der Arbeitszeitfrage nur noch Prüfung aller „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ in den einzelnen Betrieben an die Leistung von Ueberarbeit herangehen werde. Schließlich wurde der Rahmentarif angenommen.

Zur Bewegung der Metallbrücker.

Die Fachgruppe der Berliner Metallbrücker umfaßt nur einen verhältnismäßig geringen Personenkreis. Weil eine Anzahl Brücker noch arbeitslos ist, wollen die in Arbeit stehenden Brücker nicht eher länger arbeiten, bis ihre arbeitslosen Kollegen wieder eingestellt sind. Bei dem in kleinen Fachgruppen von Spezialarbeitern besonders ausgeprägten Solidaritätsgefühl ist dieser Standpunkt mindestens begreiflich. Er muß jedoch zur Übertretung hinter den Standpunkt der Tariftreue, den die Organisation der gesamten Metallarbeiter vertreten muß. Die Berliner Metallindustrie sollte schließlich auch die arbeitslosen Brücker noch aufnehmen können, die sie über kurz oder lang ohnehin gebraucht. Jedenfalls ist zu erwarten, daß die angebotenen Verhandlungen zu einer baldigen Beilegung der Differenzen führen. Die Zahl der Ausgesperrten wird auf etwa 2000 in 15 Betrieben geschätzt, worunter nur ein Großbetrieb, und zwar der von Ehrlich und Graef. — Der Siemenskonzern ist an den Differenzen unbeteiligt und hat daher auch keine Aussperrung vorgenommen.

Lohnstreit der Metallformer.

Wie in Nr. 84 des „Vorwärts“ berichtet wurde, hatten die Metallformer und Berufsgenossen in der letzten Brandenburger Versammlung einstimmig den Lohn tarif gekündigt und Erhöhung der Löhne gefordert. In der Sitzung der Vertrauensmänner am Freitag abend berichtete Bredow, daß die Unternehmer bei den Verhandlungen erklärten, auf keinen Fall einer Lohnerhöhung zustimmen zu können. Der jetzige Geschäftsgang sei nur eine Scheinfortschritt. Sie sämen den Arbeitern schon äußerst entgegen, wenn die jetzigen Löhne noch bestehen bleiben sollten. Die Diskussion ergab folgendes Bild: Den Schlichtungsausschuss anzurufen, wird nicht für zweckmäßig gehalten. Es soll nun betriebsweise vorgegangen werden. Durch das bisherige Verhalten der Unternehmer haben sich eine Anzahl bisher unorganisierter Kollegen der Organisation angeschlossen. Ferner wurde verlangt, daß der Rahmenvertrag bald unter Dach und Fach gebracht wird. Bredow forderte die Vertrauensleute auf, für die Sammlung zur Unterstützung der streikenden Kollegen zu agitieren. Nach Erledigung einiger interner Fragen wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Gesundung.

In der gutbesuchten Versammlung der Buchbinderbranche gab Branchenleiter Herzog den Jahresbericht. Redner schilderte, wie durch die Geldentwertung die Verbandsarbeit gehemmt wurde, die Löhne immer tiefer hinabglitten, während gleichzeitig als Folge der furchtbaren Arbeitslosigkeit Erregung und Verzweiflung innerhalb der Kollegen Platz griff. Die beiden letzten Streiks im August und November waren kein Ruhmesblatt. Ohne die notwendige Vorbereitung und ohne Ziel wurde mit Unterstützung der damaligen Branchenleitung darauflos gewirtschaftet. Diese bedauerliche Taktik führte zur Niederlage und zum Zusammenbruch. Mit eisernem Besen mußte die Branchenleitung gereinigt werden. Die ausgeschlossenen Kollegen proklamierten die Beitragsperre und gründeten eine Sonderorganisation. Das Mitteilungsblattchen der Opposition gebraucht so hochtönende Worte, daß ein Ueberschwärmer glauben könnte, hinter ihr ständen die Massen. Durch mühsame Arbeit ist es der neuen Branchenleitung gelungen, die Verbindung mit der übergroßen Masse der Kollegenschaft wiederherzustellen, so daß man mit dem Erfolg zufrieden sein kann. Herzog stellte die bedauerliche Tatsache fest, daß die Löhne der Arbeiterinnen im Verhältnis zur Vorkriegszeit sehr gesunken sind. Es wird Aufgabe der neuen Branchenleitung sein, unterzöglich zumindest das alte Verhältnis wiederherzustellen. „Einen Lohnabbau lassen wir nicht zu. Im Uchlsdendentag halten wir grundsätzlich fest. Der jetzige Zustand kann nur ein vorübergehender sein.“

In der Diskussion wurde betont, daß nur die Gesamtheit der Verbände den Widerstand gegenüber den Unternehmern organisieren kann. Die gewerkschaftlichen Bewegungen dürfen sich nicht in Einzelaktionen zerpfüttern.

Einstimmig wurde Genosse Herzog als Branchenleiter gewählt, desgleichen gegen eine Stimme die Branchenleitung und die Ortsverwaltungsmitglieder, die alle auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen.

Der Arbeitszeitkampf auf den Werften.

Die Hamburger Werftarbeiter haben den Schiedsspruch des Schlichters mit etwa 92 Proz. aller abgegebenen Stimmen abgelehnt. Da die verlängerte Arbeitszeit gekürzt werden sollte, ist mit der Aussperrung zu rechnen. — Der Hamburger Schiedsspruch sollte auch für Bremen gelten. Der Schiedsspruch wurde mit über Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Die Aktiengesellschaft Weier hat über 8000 Arbeiter entlassen, weil sie nicht länger als acht Stunden arbeiteten.

Die Howaldt-Werke mit 3500 Arbeitern sind am Montag geschlossen worden, weil die Belegschaft den neun Stundenarbeitstag abgelehnt hat. Die Belegschaft der Deutschen Werke, Werk Kiel, stimmten geheim ab. 198 Stimmen waren für und 3230 Stimmen gegen die neunstündige Arbeitszeit. Die Direktion wird den Betrieb noch nicht schließen; auch die Kolbe-Werke verhält sich noch abwartend. Die Kruppische Germania-Werke ist seit dem 4. Februar geschlossen, sie beschäftigte etwa 7000 Arbeiter.

Achtung, Musikinstrumentenarbeiter! Die Berliner Fabrikanten, die ihre Arbeiter ausgesperrt haben, suchen zum Teil Arbeitskräfte in auswärtiger Zeitungen, so auch die Firma Rudolf Sender, Dresdener Straße 21. Die Kollegen der Musikinstrumentenbranche im Reich werden gebeten, den Zuzug nach Berlin unter allen Umständen fernzuhalten.

Die Tagung des Bauwerksbundes hat sich mit dem beabsichtigten Anschluß des Malerverbandes beschäftigt. Der Druckfehlerverleiher machte aus dem noch nicht einmal vorgezogenen Anschluß einen Ausschluß.

Deutscher Bauwerksbund, Fachgruppe der Töpfer. Die Sperre über die Firma Max Wallnia, Ofenfabrik in Behlsdorf, wird hiermit aufgehoben. Herr Wallnia hat das Verlangen, seine Kündigung des Arbeitszeitgesetzes schriftlich von den Beschäftigten anerkennen zu lassen, zurückgezogen. Sämtliche Beschäftigten sind wieder eingestellt.

Die Arbeitszeit in den sächsischen Elektrizitätswerken, den privaten wie den staatlichen, ist durch Schiedsspruch auf wöchentlich 53 bis 60 Stunden ab 9. März festgesetzt worden.

USPD-Metallarbeiter!

Köpenick, Donnerstag, ab 7 Uhr in den Sophien-Eilen, Sophienstraße 14/17, Großer Saal, Versammlung sämtlicher USPD-Metallarbeiter. 1. Vortrag über den Verkauf des letzten Werbungsheftes der Metallarbeiter. 2. Entscheidung wichtiger Angelegenheiten. Das Erscheinen sämtlicher USPD-Metallarbeiter ist Pflicht. Der Verbandsausschuss.

USPD-Holzarbeiter! Morgen Donnerstag!

USPD-Stellmacherei, abends 7 Uhr bei Himmel, Sophienstr. 3, wichtige Zusammenkunft. Auf unserem Boden werden Kollegen einmündig werden. Jeder Betrieb muß vertreten sein.

USPD-Holzarbeiter, Bezirk Centrum, abends 7 Uhr im Oeophischen Vereinssaal, Alexanderstr. 44, Zusammenkunft.

USPD-Holzarbeiter, Bezirk Neustadt, nachmittags 4 1/2 Uhr in der Aula, Donaustr. 119.

USPD-Holzarbeiter der drei Ostbezirke, Nordosten und Südliche Vororte, abends 7 Uhr im Hotel Schulz, Comarierstr. 38, Versammlung, an der alle Genossen teilnehmen müssen. Sympathisierende Kollegen sind mitzubringen. Verbände- und Parteimitgliedsbuch kontrolliert.

USPD-Holzarbeiter, Bezirk Südwesten, nachmittags 4 1/2 Uhr Versammlung bei Schulz, Marienborfer Str. 6.

USPD-Bergarbeiter und Rahmenmacher, nachmittags 5 Uhr bei Richter, Czarhofer, Zusammenkunft.

USPD-Holzarbeiter der Musikinstrumentenindustrie, nachmittags 4 Uhr Versammlung im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Der Verbandsausschuss.

Verband der Kupferhämmer, Drückerwerkstatt Berlin. Unsere Mitgliederversammlung findet morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftssaal, Canal 2, statt. Da eine äußerst wichtige Tagesordnung vorliegt, ist pünktliches Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Damen- und Kleiderkonfektion. Mitgliederversammlung am Freitag, den 29. Februar, abends 6 1/2 Uhr, in den Annahof, Alte Jakobstr. 34. Bericht von den Verhandlungen mit den Arbeitgebern über den neuen Tarifvertrag.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: J. U. Graf; Kultur: Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: A. H. Schäfer; Volles und Souffles: Fritz Karst; Angewandte: Th. Hilde; Familien in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Gewerkschafts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 62, Brandenburgstr. 2, hierzu 2 Beilagen.

 **Chesebrough-Vaseline**
(sprich Tschischbro)
sollte in keinem Hause fehlen. Das beste Hausmittel gegen rauhe, spröde oder aufgegrunzte Haut. Lindert Hautirritation, hält Wunden rein und verhindert Entzündung. — Chesebrough's Menthol-Vaseline lindert und verhilft Schnupfen. Verlangen Sie ausdrücklich Chesebrough's Vaseline.

Die beste Sparsamkeit
bleibt verständige Körperpflege, denn Krankheit kostet den Lohn vieler fleißiger Tage. Sehr wichtig ist die richtige Behandlung der Zähne. Man benutzt hierzu am besten die preiswerte **ZAHNPASTA NIVODONT**
Das Vorbeugungsmittel gegen Erkältungen und Ansteckung und das Mittel gegen Mundgeruch sind die wohlschmeckenden **CALCIFORM-TABLETTEN**
Das Behandlungsmittel gegen rauhe, rissige Haut, rote Hände und Frost ist die Frost- und Wundsaibe **CAMPOLINT**
(ca. 32% Cerussa, ca. 5% Camph. synth., ca. 63% Vas. flav.)
man achte auf die Namen u. auf die Schutzmarke „Rebe“.

JACOBY BOY

Problem

Cigaretten garantieren

erste Qualität

Das Gericht der Verlorenen.

Polizeipräsidium. Eingang Dräsenstr. 16. Amtsgericht. Im abgegrenzten Raum hinter der Barriere 30 bis 40 Menschen von 18 bis 70 Jahren. Zerklüftete Anzüge, ebensose Gesichter — Bettler. Stimmung fast gemühtlich. Sie stehen dem Richter ohne Spannung gegenüber. Was sollte ihnen auch passieren? Können sie etwas dafür, daß sie betteln und im Asyl für Obdachlose nachten? Sollen sie etwa stehen gehen? Massenbetrieb. Jede Verhandlung dauert nur eine halbe bis eine Minute. Eine wie die andere. Der Richter ruft den Namen aus, als Antwort hallen aus dem Munde des Angeklagten seine Geburtsdaten entgegen. „Sie haben gebettelt?“ „Ja!“ „Sind Sie vorbestraft?“ „Je nachdem: „Ja.“ „Rein.“ „Herr Amtsanwalt, Ihr Antrag.“ „Ein Tag Haft.“ Urteil: „Ein Tag Haft für verbüßt.“ „Angenommen?“ „Dawohl.“ Freigelassen.

Nächste Sache. Name, Geburtsdaten, Vorstrafen, Antrag, ein Tag Haft für verbüßt, angenommen, freigelassen. Nächste Sache um. Sechzigjährige, Fünzigjährige, Achtzehnjährige, Kranke, Invalide, Buntliche, noch kräftige Arbeitstote, Vertottete, Arbeitsscheue usw. Sind Sie für Betteln vorbestraft, erhalten sie sieben, vierzehn Tage Haft. Einer ist 28mal „vorbestraft“: wegen Bettelns.

Obdachlose aus dem Asyl in der Frödeistraße. Vorgeführt, weil sie nach der ersten Verwarnung länger als vierzehn Tage im Asyl zugebracht haben. Sie hätten sich um Obdach und Arbeit bemühen müssen. Es droht ihnen Haft als Strafe für Arbeits- scheu. Arbeitscheu! Daran glaubt weder Richter noch Amts- anwalt. Einem Neuling legt der Amtsanwalt sogar die Antwort in den Mund: „Sie haben sich doch bemüht und konnten keine Arbeit finden.“ Die anderen wissen, worauf es ankommt. Sie sagen die Wahrheit: haben sich bemüht und konnten nichts finden. Wer weiß, wieviel haben sie sich auch nicht bemüht. Einige, die besonders be- wußtlosen, weilen sogar Beschuldigungen vor. Der Amtsanwalt stellt keinen Strafantrag. Wie sollte er es auch tun. Es hieße nicht die Menschen, sondern die Arbeitslosigkeit anklagen.

Kontrollmädchen. Sieben an der Zahl. Ohne Schminke, übermäßig grau, aufgebraucht durch die Strafe, noch jung. Sie haben sich nicht zeitig der Sitzenkontrolle gefügt, zwei, fünf, sechs Tage verhaftet; haben Strafen betreten, die sie nicht begehren sollen. Vorbestraft. Erhalten fünf bis fünfundsiebzig Tage Haft. Ange- nommen: bald lächelnd, bald unter stillschweigendem Protest. Eine von ihnen hat sogar vor kurzem einen Kleiner geheiratet und glaubt, als ehrbare Ehefrau, nun sich der Polizei nicht mehr stellen zu müssen. Fünfzehn Tage Haft...

So geht es Tag für Tag. Bierzig bis hundertfünfzig Bettler und Obdachlose werden allein in Berlin-Mitte täglich vorgeführt. Amtsrichter, Anwalt, Gerichtsschreiber, Gerichtsdiener, Kanzlei, Berge von Akten. Schupoente sammeln die Bettler auf, bringen sie in die Polizeireviere, von dort in das Polizeipräsidium, dann vor den Richter. Wozu? Weshalb werden die einen vor das Gericht ge- schleppt und die anderen nicht? Entweder ist allen das Betteln nicht eine traurige Notwendigkeit, wo Staat und Kommune nicht sorgen und nicht sorgen können? Ist das Almosen nicht ein nichtslagender Tribut, mit dem sich das Publikum vom Verbrechen loskauft? Und würde das Geld, das der Apparat zur Bekämpfung des Bettelns kostet, nicht besser zur Unterstützung der Notleidenden verwendet werden? Es sind Verordnungen, die aus einer Zeit stammen, wo geordnete Verhältnisse den Menschen Arbeit und Obdach gewährten. Könnte auch mit diesem Geld, das die Vorführung kostet, nicht im Asyl für Obdachlose so manchem geholfen werden? Mit Kleidern, Jahr- karten und dergleichen mehr. Fragen, die eine Antwort wert sind.

Seeisch-Konsum. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Wie der Verein der Fischhändler Groß-Berlin e. V. mitteilt, sind in den nächsten Tagen erhebliche Zufuhren an See- fischen zu erwarten. Insbesondere sind reichlich am Markt: Frische grüne Heringe, Nordsee-Seelachs, Kabeljau und Goldbarsch. — Infolge dieser Zufuhren ist mit einem vorübergehenden Rückgang der Frischfischpreise zu rechnen. Das Publikum wird auf diese günstige Einkaufsgelegenheit hingewiesen.

Der Doppelfrauenmord aufgeklärt. Der Täter, ein Schupoizeiwachmeister, geständig.

Der Mord an den Frauen Trautmann und Hoffmann, der die Kriminalpolizei um so mehr vor eine schwierige Aufgabe stellte, als zwischen der Tat und ihrer Entdeckung schon mehrere Tage lagen, ist trotzdem durch die umfassenden und eingehenden Ermittlungen der vereinigten Nordkommissionen, der Kommissare Dr. Niemann-Broschwich, Quasch-Bächter und ihrer Beamten rasch aufgeklärt worden.

Die Nachforschungen lenkten, wie wir schon kurz mitteilten, den Verdacht auf einen Wachmeister der Schupoizei. Es ist dies der 26 Jahre alte, aus Bromberg gebürtige Wachmeister Bruno Gerth, der früher Arbeiter war, den Weltkrieg mitemachte, und seit drei Jahren bei der Gruppe Süd der Schupoizei in der Kaserne in der Friesenstraße stand, ein Mann, der bei seinen Kameraden sehr beliebt war, und sich bisher nichts hatte zuschulden kommen lassen. Wie wir früher schon mit- teilten, hatten die vereinigten Nordkommissionen festgestellt, daß Frau Trautmann und Frau Hoffmann in der Nacht zum Donnerstag um 12 Uhr mit einem Wachmeister der Schupoizei noch in einer Schankwirtschaft in der Nähe des Hauses Schleiermacherstr. 15 ge- wesen und endlich mit ihm in der entgegengesetzten Richtung weg- gegangen waren. Noch und nach kamen die Beamten auch auf den Namen dieses Wachmeisters. Es war schon auffallend, daß er sich nicht gemeldet hatte, obwohl er öffentlich als Zeuge gesucht wurde. Dazu kam sein Verhalten nach der Entdeckung des Verbrechens. Am Sonntag besuchte nur Gerth wieder ein Lokal in der Gneisenau- straße, in dem er auch am Mittwoch spät abends, wie die Kriminal- polizei bereits festgestellt hatte, gewesen war und gezecht hatte. Als der Wirt und andere Gäste ihn darauf aufmerksam machten, daß diese beiden Frauen ermordet worden waren, hörte er das Schwe- igend an. Er tat auch keinen Dienst weiter, ohne über das Ver- brechen eine Äußerung lassen zu lassen. In seinem Schrank fanden die Nordkommissionen allerlei Schriften masochisti- schen, sadistischen, erotischen Inhaltes. Das bewies an sich noch nichts, gab aber nach Lage der Dinge jetzt doch zu denken.

Die Kommissionen forschten nun dem Vorleben des Wach- meisters nach und stellten durch Vernehmung von mehreren Zeu- ginnen mit denen er in näheren Beziehungen gestanden hat, fest, daß er, ein hübscher, stattlicher und kräftig gebauter Mensch, durch Ausschweifungen in der Jugend, besonders in der Schulzeit, sich geschlechtlich vollständig zerrütet hat. Ein Mädchen löste deshalb auch die mit ihm geschlossene Ver- lobung, aber keines trennte sich trotz seines Unvermögens gern von ihm. Es kam weiter hinzu, daß man bei Gerth eine Drillschädel fand, an der sich ein Blutwischer zeigte. Noch schwerer als der Blutwischer an der Drillschädel wog ein Fund in der Wohnung der Ermordeten. Neben der Leiche der alten Frau Trautmann lag eine kleine zusammenklappbare Patentkassette. Mehrere Kameraden Gerths erklärten, daß sie diese bei Gerth wiederholt gesehen hätten. Endlich fand man aber bei Gerth selbst noch eine kleine goldene Damenuhr, auf die die Beschreibung paßte, die die Zeugen von der Frau Hoffmann gaben. Alle diese Ermittlungen waren Gerth zunächst unbekannt. Er bestritt die Tat und gab nur den gemeinsamen Besuch mit den Frauen in den beiden Lo- kalen zu. Nachdem der Gerichtsschreiber Dr. Brüning das Blut an der Drillschädel bestimmt als Menschenblut erkannt hatte, hielten die Nordkommissionen dem Verhafteten gestern abend das Be- lastungsmaterial in seinem ganzen Umfang und seiner ganzen Schwere vor. Da legte er ohne zusammenzubrechen ein Geständ- nis ab.

Hiernach will er allerdings Frau Hoffmann nicht in sadistischer Lust, sondern in einem Streite getötet und dann auch die Frau Trautmann, die Zeugin seiner ersten Tat, beseitigt haben. Wie Gerth sagt, machten ihm die Folgen seiner Jugendver- irrungen das Leben schwer. Frau Trautmann und ihre Tochter lernte er in einem Lokal kennen, in dem getanzt wurde. Die Frauen forderten ihn auf, sie in ihre Wohnung zu begleiten. Er hatte nicht die Absicht, diese Einladung zu folgen, und tot es schließlich doch unter der Einwirkung des Alkohols. In der Woh- nung angekommen, brachten er und Frau Hoffmann die Frau Trau- mann zu Bett. Sie war so betrunken, daß sie erbrechen mußte. Er legte unterdessen Mantel, Hemd, Sobel und Pistole ab und ging mit Frau Hoffmann in die Küche, die ihn fragte, wie viel Geld er denn noch habe. Darüber kam es zum Streit und zur Bluttat. Wie das alles in kurzer Zeit vor sich gegangen sei, will Gerth nicht wissen. Erst als er sah, was er angerichtet hatte, kam er nach seiner Dar-

stellung wieder zu sich. Jetzt entschloß er sich die einzige Zeugin, die betrunken Frau Trautmann aus dem Bette zu schaffen und führte dieses Verbrechen gleichfalls aus. Die goldene Uhr nahm er mit, weil er sie im Wohnzimmer auf dem Fußboden liegend sah als er Frau Trautmann umbrachte. Wie lange er nach der Tat noch auf der Strafe umhergegangen und wann er in die Kaserne zurück- gekehrt ist, ohne daß ihn jemand sah, will er selbst nicht mehr wissen. — Dieses Geständnis in allen Punkten, namentlich in bezug auf das Motiv des Verbrechens an Frau Hoffmann richtig ist, be- darf noch genauer Klarstellung. Mit dem Mord an der Frau Liebau in der Lgnarstraße will Gerth nichts zu tun haben. Das entspricht wohl auch der Wahrheit.

Änderung des Mieterschutzgesetzes.

Durch eine Verordnung vom 14. Februar 1924 ist das Mieter- schutzgesetz in zwei Punkten geändert worden. Den Ge- meinden ist die Verpflichtung auferlegt worden, auch Inhabern von Räumen in öffentlichen Gebäuden, die zur Räu- mung verurteilt sind, beschleunigt eine Ersatzwohnung an- zuweisen. Ferner wird bestimmt, daß die Entscheidung über die Kosten bei der Aufhebungslage, sofern die Kosten ganz oder teilweise dem Vermieter auferlegt sind, angefochten werden kann, falls der Wert des Beschwerdegegenstandes den Betrag von 30 Goldmark übersteigt.

Montessori-Schulen.

Im Bürgeraal des Berliner Rathauses sprach vor einer großen, sehr interessierten Zuhörerschaft Frau Dr. med. Bergmann über die Montessori-Schulen in Amsterdam. Frau Dr. Montessori hat in Amsterdam einen Ausbildungskursus in ihrer Methode (soeben abgeschlossen, an dem sich über 100 Frauen und Männer beteiligten, mit großer Begeisterung hat man in Holland die Erziehungs- methode der großen italienischen Pädagogin aufgenommen. In zahl- reichen holländischen Städten sind Montessori-Kinderhäuser entstanden. In Amsterdam blühen zurzeit acht kommunale Anstalten für Kinder von 3—6 Jahren; außerdem ist eine kommunale Elementarklasse in Vorbereitung. Von privater Seite sind bereits drei Elementarklassen errichtet worden, in denen die Grundgedanken der neuen Erziehungs- methode sorgfältig auf alle Unterrichtsgegenstände ausgebreitet wer- den. Die Elementarklasse umfaßt die Kinder von 7—10 Jahren. In den Schulräumen spricht ein reiches naturwissenschaftliches An- schauungsmaterial zu den Kindern, sie treten gleichsam in ein kleines naturwissenschaftliches Museum. Auf Tischen und Wandbrettern sind ausgestopfte Vögel, Muscheln, Korallen, Insekten usw. aufgestellt. Der Einblick der Kinder in die Tierwelt wird vervollständigt durch wöchentliche Führungen durch den Zoologischen Garten. Die Führun- gen übernimmt der Direktor des Zoologischen Gartens selbst. In reger Selbsttätigkeit erwerben sich so die Kinder umfassende natur- geschichtliche Kenntnisse. Die Kinder werden nicht gezwungen an diesen Führungen teilzunehmen. Hält den einen oder den anderen Schüler irgendein besonderes Studium gefesselt, so überläßt man ihn ruhig seiner augenblicklichen Beschäftigung. Kollektivunterricht wird nur sehr selten erteilt. Ebenso erwerben sich die Kinder in den anderen Fächern, z. B. Geographie und Geschichte, ihre Kennt- nisse größtenteils durch Selbststudium.

Das Übungsmaterial für das Rechnen wurde von Frau Dr. Bergmann in Lichtbildern vorgeführt; der vorgeschrittenen Zeit wegen mußte die Vorführung des Grammatikmaterials unterbleiben. Die meisten Lichtbilder zeigten die kleinen 3—6jährigen Kinder bei ihrer Arbeit, wie wir sie auch hier im Berliner Montessori-Kinder- haus, Wilmersdorf, Nachbstraße, III. Gemeindeschule, beobachten können. Vom Standpunkt der Pädagogik hat sie immer wieder die Vorteile hervor, die gerade die körperliche Entwicklung bei dieser Erziehungsmethode nimmt, die sich trefflich den geistigen und körper- lichen Bedürfnissen der Kinder anpaßt. Die Zuhörerschaft dankte Frau Dr. Bergmann mit reichem Beifall für die guten Darstellungen, die von dem feinen und tiefen Einfühlungsvermögen dieser pädagogisch ge- schulten Pädagogin in den Geist der neuen Erziehungsmethode zeugten.

Ausgehungen für freie Körperkultur. Donnerstag, den 28. Februar 7 Uhr abends in Gotha Festhallen (in Spandau (am Hauptbahnhof) ein- berufen von den Deutschen Werken Spanbau-Gesellschaft. Thema: Körper- bildungs-Kultur. Referent: Lehrer Genosse Adolf Koch. Anstalts- (Anfängerbeitrag). — Freitag, den 29. Februar, 7 Uhr abends, Arminius- hallen, Bremer Straße 71 (Zooabtl.) einberufen von den freien Körper- kulturfür Körperkultur. Referent: Dr. med. Graa. Lehrer Wilh.-im-Stra- ßen, Adolf Koch, Rudolf Tschann über „Augen- und Körperkultur“ — „Schamgefühl oder Körperkultur“ — „Selbstheit und Körperpflege“ — „Chaos oder Aufrüstung“ (Reine Ausdrucks- Anfängerbeitrag).

(Nachdruck durch Wolff-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Franl.

Im Stock stant es scharf nach Abort. Die Wärterin — lippenlos, strichdünnler Mund im festen Gesicht — schloß eine Tür auf. Sie schritten durch einen großen Saal, in dem zwanzig zwei Meter breite, drei Meter lange und zwei Meter hohe, engmaschige Drahtgitterzellen nebeneinander standen. Dazwischen die Gänge, wie in einer Menagerie. In jeder Drahtzelle eine Gefangene. Frauen, junge Mädchen und, gleich bei der Eingangstür, in zwei nebeneinander stehenden Käfigen je eine Siebzehnjährige. Alle in grauen Leinwand. Der Raum zwischen den gleichhohen Zellen und der Saaldecke war leer.

Einige Gefange schritten auf das Leben zu: drückten die Gesichter gegen das Drahtgitter. Bläuliche Augen. Eine Siebzehnjährige mit verwuschtem Gesicht lockte mit Zeige- finger und Daumen und sagte zweimal: „Schnauze!“ Der Schnauze wedelte mit dem Schwanzstumpf.

„Den ganzen Tag macht sie sich“, rief die Siebzehnjährige der Wärterin nach. „Immer hat das junge Luder die Finger unterm Rock.“

Sie schritten durch die entgegengesetzte Tür hinaus, in einen langen Gang, an dessen Ende rot ein Gaslicht brannte. Links und rechts: Zellentür neben Zellentür, jede mit einem Beobachtungsfenster.

Schon als die Wärterin den Schlüssel suchte, stellte der Schnauze die Vorderpfoten gegen die Zellentür. Sein Maul öffnete sich, die Zunge erschien, Spitze nach oben gebogen.

Wimmernd schlüpfte er, durch die Beine durch, voran. Und es wäre Katharina unmöglich gewesen, ihn nicht zuerst zu begrüßen. Denn seine Liebe war stürmischer. So stürmisch, daß er unter Katharinas Liebestößen nicht lange stillhalten konnte, sondern hin- und herlaufen mußte, von der Fenster- wand zur Zellentür, beim Wenden jedesmal ausglitschend auf dem glatten Betonboden.

Sogar der strichdünn, lippenlose Mund ließ Zähne sehen. Sie hatten einander nur die Hand gereicht. Sehen konnte Jürgen sich nicht. Die Britische blieb tagsüber an die Wand geschmalt.

„Heute war bei mir, hergeschickt natürlich von meinem Vater, der Irrenarzt.“

Die Wärterin stand bei der Tür, ohne sich anzulehnen, blickte hilflos.

„Das ist so zu verstehen, daß meinem Vater eine geistes- kranke Tochter lieber wäre als die Schande, eine Sozialistin zur Tochter zu haben. . . Ich ging auf das Gerede gar nicht erst ein, schickte ihn gleich wieder fort, was ihn natürlich auch nicht von meinem Gesandsein überzeugte.“

Der Schnauze hatte sich etwas beruhigt. Er lag, offenen Males atmend, die Vorderpfoten vorgestreckt, blickend auf den Betonboden, überzeugt, daß seine Leiden nun zu Ende seien: er hierbleiben oder Katharina mitgehen werde. Auch sie steckte in einem grauen Leinwand, etwas kleidsamer gemacht dadurch, daß sie die Bluse beim Hals eingeschlagen hatte.

Bei dem ersten Tone, den die Wärterin sprach, erhob sich der Schnauze und bellte. Die Versicherungen Katharinas, daß sie in einer Woche kommen werde, nützte nichts. Der Schnauze stemmte sich mit allen Bieren und mußte so von Jürgen hin- ausgehleppt werden.

„Das ist nicht erlaubt.“ Die Wärterin deutete auf den schwachen Schatten, durch dessen Vorhandensein das Vor- handensein von Brüsten vermutet werden konnte. „Immer wenn der zu Besuch kommt — diese Dummheit!“

Katharina nahm den Einschlag heraus, so daß der Saal wieder rund um den Hals angeschlossen.

„Sie können es gar nicht erwarten, was! . . . Direktor melden.“ hörte Katharina noch. Die Tür fiel ins Schloß.

Schon überquerte Jürgen den Hof, halb springend, um noch vor Ablauf der Besuchszeit die Männerabteilung zu er- reichen. blieb aber plötzlich stehen: Durch das Tor rollte, ge- zogen von zwei schweren Pferden, ein auch oben zugereiteter Kastenwagen, aus dem rückwärts ein starkes Gestänge ragte, gleich einem Stück Eisenbahnaleis, stabilisiert durch ein eisernes Querstück an der Stirnseite. Der Fuhrmann piff. Der Wagen rollte durch das sich eben auftuende zweite Tor in den Hof der Männerabteilung und weiter durch das dritte Tor in den Zuchthaushof, in dem am nächsten Morgen eine Hinrichtung stattfinden sollte.

Sekundlich hatten alle Empfindungen Jürgens Körper verlassen. Er wollte die Genossen mit seinem Zustand nicht belasten, umkehren, konnte aber nichts wollen. Selbsttätig trugen die Beine ihn weiter, der Tür zu.

So schritt er, in den Knien kraftlos, zusammen mit zwei Wärtern, die eine Art Tragbahre, beladen mit mehr als hun- dert Weißblechschüsseln, schleppten, den Gang vor.

Der Wärter, der Jürgen führte, ein großer, alter Mann, der, im Rücken gebogen, mit jedem trüweilchen Schritt, den

er tat, müden Blickes auf sein Leben zu treten schien, schloß wortlos die Zellentür auf und gleichzeitig reichte wortlos ein Essenträger die verrostete Blechschale Jürgens jungem Ge- nossen, der den Inhalt, eine schwarze Brühe, wortlos in den Aborkübel goß. Die Brotstücke legte er auf den Klappstisch.

„Das Zeug zu saufen hat gar keinen Wert.“ Er geriet beim Erblicken Jürgens sofort in Erregung. „Die Brühe soll das Abendessen vorstellen. Mittags gibt's einen Ranisch, den du frisst, weil du mußt. Und morgens dieselbe Zichorienbrühe und auch ein Stück Brot. Das ist alles.“

„Sie dürfen nicht über das Essen schimpfen zu einem Besuch.“

„Ein paar Monate hälst du das ja aus. Aber da sind viele . . .“

„Wenn Sie davon weitersprechen . . .“

„. . . die schon lang sitzen und noch viele Jahre sitzen müssen.“

„. . . muß der Besuch sofort raus aus der Zelle.“

„Die, also die müssen verhungern. Die müssen glatt ver- recken. Du machst dir keinen Begriff, Genosse, wie die Leute aussehen.“

„Sie haben zu schweigen jetzt!“

„Darüber mußt du in unserer Zeitung schreiben, Genosse!“ rief er Jürgen nach, der die Nummern der Zellen nannte, in denen seine zwei anderen Genossen waren. Der Wärter schritt schon auf die Treppe zu. „Die Besuchszeit ist vorbei.“

Der grüne Wagen, in dem die Gefangenen vom Polizei- und vom Untersuchungsgefängnis in das ständige Gefängnis übergeführt werden, war eben angekommen. „Zehn Verurteilte, Frauen und Männer, standen in dem Bureau, wo die Personalien aufgenommen wurden. Die Gefangenen mußten ihre letzten Habseligkeiten abgeben, die männlichen auch ihre Hosenträger abknöpfen. Wärter schleuderten den Gefangenen die graue Anstaltskleidung in die Arme. Gesprochen wurde nichts.“

Die Maschine funktionierte, dachte Jürgen und schritt der Ausgangstür zu. Da schoß ein schon älterer, stoppelbärtiger Mann mit schwärenbelegtem Gesicht und verschleimten Augen aus dem Bureau heraus, zuckte suchend hin und her, spähenden Blickes, der lüchelt offenbarte, daß er die Hölle, in die er kom- men sollte, schon kannte, und schoß Jürgen nach, beistrebte, auch die aussichtsloseste Situation nicht unverstucht vorübergehen zu lassen, um der Freiheit willen. Denn war er erst in der Zelle, dann gab es keine Zufallsmöglichkeiten mehr.

Die Wärter lachten. Unwirsch stieß ihn einer zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Morgen wird gestreut.

Warum denn erst morgen, warum denn nicht heute? wird manchen erstaunt und wohl auch empört fragen. Da wenn sich diese Anklage auf den neugefallenen Schnees bezöge, hätte der Fröher zweifellos recht. Denn bei Schneefall muß sofort gestreut werden. Schleicht das nicht, so können sich die Leute die Beine brechen. Aber, wie gesagt, hat der Ausruf diesmal gar nicht auf den konkreten Schnee Bezug, sondern auf eine abstrakte Angelegenheit, die man mit Werbung oder mit dem Fremdwort Propaganda bezeichnet. Ohne Werbung kommt heute kein Unternehmen aus. Nicht das Privatwirtschaftliche, nicht das gemeinwirtschaftliche, weder die größte Partei noch der kleinste Verein. Werbung muß überall sein, sonst gehen die Unternehmungen nicht vorwärts. Die große Frage ist aber jedesmal und überall: Wie kommen wir am besten an die Menschen heran? Wie interessieren wir sie für eine Sache? Und so ist der Kernpunkt jeder Werbung, das Mittel zu finden, um das Interesse der an sich gleichgültigen Menge zu wecken. Das kann man nur, wenn man sich eine gehörige Portion Menschenkenntnis verschafft, wenn man weiß, wie das, was wir Seele nennen, auf Reize und Anregungen reagiert.

Diese psychologische Seite der Werbung ist heute das wichtigste, und der Werbeschaffmann Weidenmüller darf sich das Verdienst zuschreiben, auf Grund der psychologischen Methode die Werbung außerordentlich verfeinert zu haben. Nun ist Weidenmüller und sein Kreis auf den Gedanken gekommen, seine Ideen zu dramatisieren. Er hat zu dem Zweck einen praktischen Geschäftsvorgang aus dem Leben, der sich täglich überall ereignen kann, herausgegriffen, nämlich eine Direktorial- und Aufsichtsratsitzung, in der der Leiter der Werbeabteilung seinen am nächsten Tag einfindenden Propagandafeldzug zu verteidigen hat. Dieser an sich recht nüchterne Vorgang wurde gewissermaßen „mit verteilten Rollen gespielt“ und einem aufmerksamen Publikum vorgeführt. „Morgen wird gestreut“ ist das Motto, das heißt, am anderen Tag werden nach einem genau ausgearbeiteten Plan Werbetraktate verandt oder, wie der Fachausdruck heißt, gestreut, über eine Stadt, eine Provinz oder das ganze Reich. Das ist mit dem Wort gemeint: „Morgen wird gestreut“. In Rede und Gegenrede werden die Pläne entwickelt. Eine besondere Rolle bei dieser dramatisierten Geschäftssitzung spielt der Betriebsrat, der sich ursprünglich gegen die Streuung wendet, weil sie zu viel Kosten mache und keinen Zweck habe. Man macht ihm klar, daß selber für systematische auf Grund des neuen Werbewissens ausgearbeitete Werbung niemals weggeworfen sind, sondern im Grunde genommen nur dazu dienen, der Fabrik neue Aufträge einzubringen und damit der Arbeiterschaft neue Arbeit. Das sieht der Betriebsrat denn auch ein, und der Werbewann der Fabrik schließt die Besprechung mit einem siegesgewissen: „Morgen wird gestreut.“

Der Totschlagsprozeß Schmulewitsch. 4 Jahre Zuchthaus für den Täter.

Die Beweisaufnahme ergab für den Angeklagten Abraham Schmulewitsch ein ungünstiges Bild. Die Witwe des Ermordeten unterbrach wiederholt die Aussagen des Angeklagten und erzählte meidend und schuldigend, ihr Mann habe 5 Tage und Nächte unter großen Qualen gerungen, bis der Tod ihn von seinen Leiden erlöste. Staatsanwaltschaftsrat Rothmeyer beantragte, dem Angeklagten mildernde Umstände zu versagen. Nach längerer Beratung kam die Strafkammer zu einer Verurteilung des Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung mit Todeserfolg. Das Gericht hat dem Angeklagten keine Ausreden nicht geglaubt, daß er verächtlich den Gastwirt getroffen und den Händler gemeint habe. Es ist vielmehr zu der Überzeugung gelangt, daß er dem Bandmann und Glaubensgenossen aus Polen, der in Bedrängnis geraten war, gegen den Gastwirt zu Hilfe kommen wollte. Seine Tat ist eine außerordentlich rohe und hatte schreckliche Folgen. Ein Familienleben ist zerstört worden. Der Angeklagte hat gegen die Befehle des Landes, das ihm Gastfreundschaft gewährte, in dieser rohen Weise verstoßen und muß schwer bestraft werden. Diefelbe Strafkammer hat einem Messerstecher, dessen Tat weit weniger schwere Folgen hatte, kürzlich drei Jahre Zuchthaus gegeben. Deshalb muß die Tat des Angeklagten schwerer beurteilt werden. Das Gericht verurteilt Schmulewitsch wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

Aus der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Der Stadtverordnete Baron ist aus der U.S.D. ausgetreten und zur D.S.D. übergetreten. Gen. Baron hat sich der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen.

Die Krise der russischen Diktatur.

Einer der Führer der in Rußland arg verfolgten Sozialdemokratischen Partei, Genosse I. D. Dan, hielt gestern in einer öffentlichen Versammlung in russischer Sprache einen Vortrag über die Krise der Diktatur in Sowjetrußland. Eingangs seiner Ausführungen konstatierte er, daß die Menschheit sich in einer Zeit der sozialen Revolution befindet. Die Bourgeoisie habe als alleinige Inhaberin der politischen Macht ausgeübt. Bald in der Gestalt einer Koalition mit dem Bürgertum, bald durch Übernahme der Regierungsgewalt wie in England, macht das Proletariat seine Forderung nach politischer Macht geltend. In Rußland, dem zurückgebliebensten aller Länder, haben sich die Verhältnisse dadurch kompliziert, daß durch die Novemberrevolution 1917 ein Teil der Arbeiterklasse die Macht gegen den anderen Teil ergriffen hat. Nachdem diese Revolution dem Volke Frieden, Land und endgültige Säuberung des feudals-bourgeoisischen Systems gebracht hatte, lehnten sich die Massen gegen das kommunistische Experiment, für das weder die ökonomischen Bedingungen noch das Volk selbst reif waren, auf. Die schon im Frühling 1918 entstandenen und blutig unterdrückten Arbeiterunruhen und Bauernaufstände fanden jedoch durch die weisardistischen Abenteuer ein jähes Ende. Die Massen setzten sich für den Bolschewismus ein, weil sie vor der Wiederkehr der alten Zustände fürchteten. Als ober der Bürgerkrieg zu Ende war, zwang der Generalkrieg der Arbeiter in Petersburg und der Roten Aufstand in Kronstadt die Sowjetregierung zu einer völligen ökonomischen Umstellung. Der Kommunismus wurde preisgegeben, das Resultat war der freie Handel und die teilweise Entnationalisierung der Fabriken.

Da aber dieser Konzeption auf ökonomischem Gebiete keine weiteren auf politischem Gebiete folgten, entstand ein völlig unhaltbarer Zustand: Die schlechten und teuren Waren, die nur 10 Proz. der Vorkriegsproduktion ausmachten, füllten die Warenlager und fanden keinen Abzug. Auch die Anerkennung Sowjetrußlands wird keine Veränderung bringen. Solange das politische System des Terrors herrscht, wird kein ausländisches Kapital in die Produktion hineinstromen. Die überall wieder einfindenden Arbeiterstreiks und Bauernaufstände werden wie vor drei Jahren die Sowjetregierung zwingen, ihre Politik der Diktatur über das Proletariat und über das Bauerntum aufzugeben. Was wird dann an die Stelle der Bolschewistendiktatur treten? Die größte Aussicht hat eine bonapartistische Restauration, die durch das ganze System des Bolschewismus gefördert wird. Alle Machtorgane der Regierung werden systematisch in Feindschaft gegen die Demokratie erzogen; die Bürokratie, das Heer, die studierende Jugend — alles würde dem Bonapartismus einen fertigen Machtapparat gewähren. Diese Gefahr, die neues Unheil über Rußland bringen würde, ist nur durch eine Entwidlung zur demokratischen Republik zu bannen. Anders der Teil des Proletariats, der diese Forderung bewußt gegen den Machtapparat inne hat, zu sich hinüberzieht und eine gemeinsame Front mit dem revolutionären Bauerntum herstellt, wird er den Kampf für die demokratische Republik mit Erfolg zu Ende führen.

In der Diskussion wandten sich anwesende russische Kommunisten und linkssozialrevolutionäre heftig gegen die Ausführungen des Referenten, der jedoch im Schlusswort in eindringlicher Weise die Argumente seiner Kritiker widerlegte.

Von Sogenannten und Hördenträumen. Der unter diesem Titel verankelte 2. literarische Abend von Dr. D. A. G. Lektor an der Universität Berlin, findet am Mittwoch, den 27. Februar, abends 8 Uhr, in der Schulaula Lange Str. 31 statt. Abonnementkarten für die noch stattfindenden drei Abende 10 Geldpfennige. Einzelfarten zum Preise von 20 Geldpfennigen im Verlagsamt Friedrichshagen, Rathausstraße 40, Zimmer 30, beim Vortier und an der Abendkasse.

Aus der Partei. Das Frauenblatt.

Die erste Nummer der angekündigten neuen Halbmonatschrift „Frauenwelt“ ist schon zur Ausgabe gelangt. Sie will, wie sie in einem Begleitwort sagt, nicht ein Blatt für die Frau sein — denn solcher hat es übergenug —, sie will das Blatt der Frauen

sein, eine Schrift, an der die Leserinnen gestaltend mit schaffen, sei es durch Aufsätze, durch Anregungen, durch Fragen oder wie immer. Das ist ein schönes Programm, dessen reifliche Erfüllung man begrüßen dürfte. Das erste Heft bringt ein Vierfarbigen-Lichtbild von Robert v. Neumann: Ein prächtiger Kubenkopf schaut erstaunt in die stahlige Welt, während die sorgende Mutter dem blonden Kleinen behutsam die Dornenfräucher fortbringt, die ihn ragen könnten. Das Bild ist gleichsam Symbol für die ganze Zeitschrift. Denn die Frau gehört zum Kind, wie das Kind zur Frau. Der letzte Inhalt des Heftes, mit vielen Tiefdruckbildern durchsetzt, ist auf diese Wechselseitigkeit eingeleitet. Ein fesselnder Roman Clara Diebitschs „Die Schuldige“ bietet eine interessante Lektüre; kurze Abhandlungen aus allen Gebieten des Frauenlebens schließen sich in leichter Folge an. Eine Abteilung „Selbst ist die Frau“ führt in die Mode ein. Eigene Schnittmuster werden dazu geliefert. Eine reichhaltige Ecke für Rätsel und Kinderspiele fügt sich in das Gesamtbild traumlich ein. Das erste Heft der „Frauenwelt“ ist so eigenartig und so gut gelungen, daß wir nicht daran zweifeln, daß die neue Schrift bald sehr zahlreiche Leserinnen finden wird.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

1. Kreis Friedrichshagen. Heute, Mittwoch, den 27. Februar, 8 1/2 Uhr. Rathaus, Eingang Friedrichshagen, Bezirksversammlung. Die Einladungen sind am Eingang beim Gen. Richter in Empfang zu nehmen.
2. Kreis Tiergarten. Donnerstag, den 28. Februar, abends 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der auf dem Boden der U.S.D. stehenden Genossen, welche Mitglieder des Koniums sind, in den Reimlindehofen, Bremerstr. 11.

Heute, Mittwoch, den 27. Februar:
17. 11. 7 Uhr. Bezirksversammlung in der Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Gen. Richter.
18. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
19. 11. 7 Uhr. Bei Henschel, Lindenstr. 6, Funktionärskonferenz.
20. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
21. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
22. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
23. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
24. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.

Morgen, Donnerstag, den 28. Februar:
1. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
2. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
3. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
4. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
5. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
6. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
7. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
8. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
9. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.
10. 11. 7 1/2 Uhr. Bezirksversammlung der Friedrichshagen, Vortrag des Genossen Richter.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 28. Februar:
1. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
2. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
3. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
4. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
5. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
6. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
7. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
8. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
9. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
10. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.

Jugendveranstaltungen.

11. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
12. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
13. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
14. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
15. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
16. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
17. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
18. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
19. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
20. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.

Heute, Mittwoch, den 27. Februar, 7 1/2 Uhr:

11. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
12. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
13. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
14. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
15. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
16. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
17. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
18. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
19. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.
20. 11. 7 1/2 Uhr. Schulaula Lange Str. 31, Vortrag des Genossen Richter.

Die Großmutter der Revolution.

Vor einigen Tagen ist sie achtzig Jahre alt geworden: die Katharina Breschko Breschowskaja. Nicht, daß sie die älteste Revolutionärin wäre, aber das Mütterliche, das Großmütterliche ist die stärkste Betonung ihres Wesens. Als Wanderwilde im Jahre 1917 nach Petersburg kam, begrüßte sie ihn mit einem Kuß auf die Stirn. Ebenso begrüßte sie den Sozialrevolutionär Rinow, als er sie zum ersten Male besuchte; sie redet ihn auch einfach mit Du an, wie sie überhaupt keine andere Anrede kennt. Gefährlich krank, sorgte sie für ihre Freunde; ob nur der vor kurzem durch Selbstmord aus dem Leben geschiedene, von den Bolschewisten zum Tode verurteilte Borosow, der damals nach Sibirien verbannt, eine Adressenliste, zusammen mit dem anderen eben begnadigten Sozialrevolutionär Bodenjamin, ins Leben gerufen hatte, einige Kleinigkeiten erhalten habe, die er benötigte. So empfanden alle, alt und jung, Frau und Mann sie als „Großmutter“. Es wurde einem ganz warm ums Herz, wenn man ihren Namen aussprechen hörte, es erwachte so etwas wie ein schöner Kindheitsstraum: Sie war das lebendig gewordene Märchen von den Anfängen der russischen revolutionären Bewegung. Zur wahren Revolutionärin machte sie aber ihr Verbundenheit mit der ganzen Menschheit, ihre grenzenlose Menschlichkeit, die kein persönliches Opfer scheute. Andere in hunger und Kälte zu wissen, war für sie ein unerträgliches Gedanke. Während eines Spazierganges auf dem Friedhof von Minosin in Sibirien trifft sie einmal eine Bettlerin in erdärmliche Lumpen gehüllt; ohne viel Nachsinnen entscheidet sie sich bis auf lange Hemd und gibt ihre Kleider der Bettlerin.

Die Breschko Breschowskaja gehörte nicht zu den revolutionären Phantasten, deren Nähe oft wie eiserne Käse wirkt, die in ihrem kühnen Weltbeglückertum selbst über Tausende von Beiden zu gehen bereit sind. Ihre Entwicklung und ihr Schicksal sind das typische Schicksal der russischen Revolutionärin. Sie war die erste Frau, die nach Sibirien in Zwangsarbeit kam. Die Geschichte ihres Lebens ist ein Stück Geschichte der russischen revolutionären Bewegung.

Am 26. Januar 1844, als Kind eines alten Adelsgeschlechts auf einem Bauernhof geboren, erhält sie hier ihre ersten entscheidenden Eindrücke und lernt die einfachen Menschen lieben. Die Eltern, feinschulig, lassen der Tochter eine „Landesamtschule“ Bildung angeheben. Neunzehnjährig unterwegs nach Petersburg, lernt sie den damals noch eleganten Offizier Krapotkin kennen. Nach ihrer Rückkehr aus der Hauptstadt, wo sie statt Musik und Malerei zu reiben, sich der Bekämpfung „schädlicher“ Bücher hingibt, widmet sie sich der Lehre und Aufklärungsarbeit unter den Bauern. Bierundzwanzigjährig heiratet sie einen jungen Adligen, um drei Jahre später, als ihrer Lehrtätigkeit durch die Polizei ein Ende gemacht wird, Haus und Familie für immer zu verlassen und ganz in der revolutionären Tätigkeit aufzugehen. Im Jahre 1873 kommt sie in einen Kreis revolutionärer Intellektueller, zu denen auch Krapotkin und die spätere Attentäterin auf den Zaren Alexander II., die Generalstochter Sofia Perowitsa, gehört. Gleich anderen geht sie, mit einem falschen Paß ausgerüstet, ins Volk, um Propaganda zu treiben; da erteilt sie im Jahre 1878 das Schicksal in Gestalt

einer Verurteilung zu fünf Jahren Zwangsarbeit. Nun beginnt ihr Martirium. Auf Siberien führt der Weg 5000 Werst weit nach Sibirien zur Zwangsarbeit. Dann 1000 Werst zu Fuß in die Verbannung. Einem fruchtlosen Fluchtversuch folgen weitere vier Jahre Zwangsarbeit. Dann wieder Verbannung in einen ganz kleinen Ort an der Grenze Chinas. Hier befeuert ihr u. a. Kennan, der sein berühmtes Buch über die sibirische Verbannung geschrieben hat. Im Jahre 1892 erlangt sie Freizügigkeit in den Grenzen Sibiriens, und als sie im Jahre 1896 die Erlaubnis erhält, nach dem europäischen Rußland zurückzukehren, stürzt sie sich sofort wieder in die illegale Tätigkeit. Aus den Resten der früheren Partei der Bolschewisten gründet sie mit Gesinnungsgenossen die Partei der Sozialrevolutionäre und deren Kampforganisation. Im Jahre 1903 geht sie ins Ausland, um im Jahre 1905 zur illegalen Arbeit in Rußland zurückzukehren. Im Jahre 1907 wird sie schließlich zusammen mit dem eben erst von den Bolschewisten begnadigten sozialrevolutionären Goh und einigen anderen von dem berühmten Vließ, der Volkspolizei und aktiver Terrorist in einer Person war, der Polizei ausgeliefert. Im Jahre 1910 wird nun die fast Siebzigjährige wieder nach Sibirien verbannt. Hier lebt sie unter den denkbar schmerzhaftesten Verhältnissen, oft krank, unter der strengsten Aufsicht, bald im Gefängnis, bald auf der Flucht, dann wieder 3000 Werst vom Urtsuk entfernt im hohen Norden Alens, wohin man nur zu Fuß oder in Schlitten, die durch Hunde gezogen werden, gelangen kann. Die Februarrevolution 1917 befreit sie endlich aus der Verbannung. Aber schon im Oktober desselben Jahres, nach der siegreichen bolschewistischen Revolution, verläßt von den neuen Potentaten, muß die 74jährige wieder ihr unterirdisches Leben beginnen.

Nun widmet sie den Rest ihrer Tage in der Tischschloßwafel derselben Tätigkeit, mit der sie ihr opferfreudiges Leben begonnen hat: der Aufklärung der russischen Bauern. Ob es ihr noch gelingt in ein freies Rußland zurückzukehren? Wer weiß. Dem alten Krapotkin, der allen Sozialdemokraten Vera Sassulitsch war es nicht vergönnt, den Aufstieg Rußlands zur wahren Demokratie zu erleben. Vielleicht erlebt es noch die Großmutter der russischen Revolution, die greise Vera Figner, der alte Sozialdemokrat Ayzod und die wenigen anderen, die von der alten Garde noch übrig geblieben sind.

Abkündigung des türkischen Muezzin. Muezzin, der bei den großen Moscheen angestellte Kultusbeamte, der von der Höhe des Minarets herab die Gläubigen am Morgen und Abend zum Gebet ruft und die im Verlauf des Tages in der Gemeinde eingetretene Todesfälle verkündet, gehört zu den charakteristischsten Erscheinungen der mohammedanischen Länder. Aber auch er soll sich den Neuerungsbestrebungen der türkischen Regierung zum Opfer stellen. Auf Beschluß der mit der Neuordnung der Kultusangelegenheiten betrauten Kommission wird der Gebetseruf des Muezzin in den anatolischen Moscheen eingeleitet mit der Begründung, daß durch ihn die Ruhe der Gläubigen und Bedenken gestört werde.

Das große Teil des Staatlichen Kunstgewerbetheaters (Judei am 1. März) abends 7 Uhr in den Räumen des Koniums, Prinz-Albrecht-Str. 8, statt. Der Belamtertrag des Festes fließt der Kasse der mitleidenden Schüler der Kunstgewerbeschule zu.

Prozeß Erhardt Auer.

Justitia ist eine hurtig flinke Magd der Diktatur. Wo vordem mit dem Recht des Stärkeren Konstatien ging des Menschheitsterns, Schafft sie die ethische Prämisse: Sie stellt sich breittlings als Kuffisse. Daß ungestört im Hintergrund sein Werk verricht' der Schweinehund. Die Binde, die sie trägt, bei Bußsüden kommt durch Erschütterung stark ins Aufsehen. Braucht es nun einen Sündenbock, hebt sie galsant den Unterrod. Und tadel mit geliphtem Mündchen Den Sieger ein zum Schäferstündchen. Im Liebesrausch wird ausgehohelt, Wie ohne Späne Recht man hohelt. Da plötzlich ruft das Mensch in schlauer Berechnung: „Halt, ich nehm' den Auer!“ Dieweil er gänzlich unbetellig, Steht jeder im Gerichtsfaal-Zweilicht. Daß eine Unterlassungstat Hierdurch beging der Inkalpat. Wenn Rohr bestimmt auch alles aufste, Der Auer ihn doch warnen mußte. Stof Rohr mit Hitzern selbst im Bund, War dies kein Unterlassungsgrund: Artikel hundertneununddreißig StGB. verlangt — beweis ich —. Den Teufel selber ohne Jagen Bei seiner Ahne zu verliagen. Auer hat nicht gemarnt! Und er, o Werd' das Gefängnis sein Aldergo.* Der Diebhaber schließt seine Beste: „Justitia, Kind, du bist die Beste!“ Mich, von Bindenheken.

Deutscher Geburtenrückgang nur in den Städten. Nach einem Bericht des Reichstatistischen Amtes ist der Geburtenrückgang der letzten Jahre bisher nur in Städten beobachtet worden und muß daher anders beurteilt werden als die gleiche Erscheinung vor dem Kriege. Der Geburtenrückgang ist bisher nur eine Folge der wirtschaftlichen Notstände, die sich am meisten in den Städten bemerkbar machen.

Regierungserklärung im Reichstag.

Das Spiel mit der Auflösung.

Präsident Ebe eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. und gedenkt des Ablebens des Abg. Dr. Koeslitz (Dnat.), der gestern in Schlesien unerwartet gestorben ist. Der Präsident hebt hervor, daß die Berufsgenossen Dr. Koeslitz diesen als einen Führer von ungewöhnlichen Gaben verehren, dessen rastlose Hingabe und unermüdeten Arbeitseifer sie schätzten. „So wurde er ihr Wortführer in den verschiedensten Parlamenten, wir haben ihn,“ so fährt der Präsident fort, „kennen gelernt als einen Mann, der sachlich und gründlich mit jähiger Energie, aber auch mit Bornehmtheit seine Gedanken vertrat.“

Es folgt die erste Lesung des Notetzes. Verbunden damit werden die zahlreichen Anträge auf Aufhebung und Aenderung der Notverordnungen der Regierung.

Reichskanzler Marx

erhöht sofort das Wort:

In meiner Rede vom 4. Dezember habe ich als entscheidend für das Verlangen der Regierung nach einem Ermächtigungsgesetz die folgende

Katastrophale Lage unserer Wirtschaft und unserer Finanzen bezeichnet. Eine sehr große Mehrheit des Reichstags war mit der Regierung darin einig, daß zur Beseitigung der unfer Volk unmittelbar drohenden Gefahren der ordentliche Weg der Gesetzgebung verlassen werden müßte, weil langwierige Verhandlungen des Reichstags, wie sie die Beratung einschneidender wirtschaftlicher und finanzieller Gesetze erfahrungsgemäß stets mit sich bringen, angesichts des zwingenden Gebots sofortigen Handelns geradezu untragbar erschienen. Drei Ziele untrennbar voneinander, waren es, die damals allen, denen es ernstlich darum zu tun war, Reich und Volk vor dem drohenden Verfall zu retten, als erstrebenswert vor Augen standen:

Beibehaltung des Währungsstandes, ferner Balancierung des für 1924 vorzuliegenden Etats und endlich die Wiederbelebung der Wirtschaft.

Ausgerüstet mit diesem Ermächtigungsgesetz hat dann die Regierung eine große Zahl von Verordnungen erlassen, die sich fast auf alle Aufgabengebiete des Staates erstrecken. Neben tief einschneidenden Steuererordnungen berühren sie die Sozialpolitik, die Wirtschaft, die Rechtspflege und zahlreiche Zweige unseres gesellschaftlichen öffentlichen Lebens. Trotz dieser Mannigfaltigkeit ist von der Regierung keine Verordnung erlassen worden, ohne daß ihr dabei die oben gekennzeichneten Ziele vorgelebt hätten. Das gilt auch von den Verordnungen geringerer Bedeutung. Diese dienen umwiegend der Aufhebung, Hemmung oder der Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung oder im Wirtschaftsleben hervorgerufenen waren und sollen zur Vereinfachung, Verbilligung und Beschleunigung allenthalb beitragen.

Ob die Verordnungen in ihren Einzelheiten überall das Richtige getroffen haben, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Die Kritik an ihren Maßnahmen will die Regierung in keiner Weise bestränken; denn sie weiß selbst am besten, daß Verordnungen, die zum großen Teil die schwierigsten Probleme behandeln, die von der Gesetzgebung einer Lösung entgegengebracht werden sollen, bei der durch den Zwang der Zeit und der Umstände gehaltenen Beschleunigung nicht immer tadellose Meisterwerke der Gesetzgebung darstellen können. Aber die Regierung kann sich mit ruhigem Gewissen das Zeugnis ausstellen, daß sie mit Aufbietung aller Kraft die unter den augenblicklichen Verhältnissen möglichst vollkommene Erreichung der mehrfach genannten Ziele bei allen ihren Maßnahmen erstrebt hat. Sie ist auch gewiß, daß bei objektiver ruhiger Beurteilung der erlassenen Verordnungen das Urteil dahin ergehen muß, daß es der Regierung im großen und ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Als für unser Wirtschaftsleben besonders bedeutungsvolle Tatsache stelle ich fest:

Die Mark ist seit Mitte November vorigen Jahres bis heute auf derselben Werthhöhe geblieben.

Das Geld entwertet sich nicht mehr in der Lohnhöhe des Arbeiters auf dem Heimwege, der Kaufmann kann wieder mit Geld und haben rechnen, die goldenen Zeiten des Spekulantens und Scheinbankens sind hoffentlich für immer vorüber. Es ist nicht zu verkennen, daß infolgedessen eine Beruhigung des Volkes und unserer Wirtschaft herbeigeführt und gesichert worden ist, wie wir sie lange nicht mehr erleben konnten. Der Haushalt, wie er wenigstens in roten Urteilen den von der Reparationskommission entworfenen Sachverständigen vorgelegt werden konnte, balancierte hinsichtlich der inneren Ausgaben des Reichs, freilich nur unter mehreren Voraussetzungen, deren wichtigste die freie Verfügung über die Steuern und Zölle auch des Rhein- und Ruhrgebietes ist. Den Ländern und durch sie den Gemeinden sind die erforderlichen Steuerquellen zur Balancierung auch ihrer Haushalte zugewiesen.

Die Wirtschaft erholt sich langsam aber sichtlich, wie insbesondere aus der Abnahme der Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter zu erkennen ist.

Allerdings muß unser Wirtschaftsleben immer noch als unsicher angesehen werden, namentlich solange noch die Schlagader unserer Wirtschaft an Rhein und Ruhr von fremder Willkür abgeheftet ist. Trotz der durch diese Bedrückung fortbestehenden Unsicherheit ist das

Vertrauen der Bevölkerung zum Staate wieder erstarkt, und die Hoffnung, daß die Reparationsfrage endlich doch noch einer erträglichen Lösung zugeführt wird, hat sich neu belebt.

Weiter konnten die Erfolge, die wir aufzuweisen haben, nur erreicht werden durch ungemessen harte, ja man kann sagen, rücksichtslose und tiefergehende Maßnahmen, Maßnahmen, die unzweifelhaft für manche Familien schwere Not, harte Entbehrungen und trübe Sorgenstunden mit sich gebracht haben. Ich denke hier in erster Linie an die Personalabbauverordnung, die freilich nach dem ersten Kabinett Stresemann, dem Kabinett der großen Koalition, erlassen, aber unter der jetzigen Regierung nach Erlaß einiger mildernder Vorschriften zur Ausführung gebracht ist. Sie hat in diesen Beamtenkreisen und Beamtenfamilien harte Folgen auslösen müssen. Ich denke ferner an die

Festsetzung außerordentlich geringer Goldgehälter für die Beamten,

an die Verlängerung der Arbeitszeit bei den Arbeitern und die der Dienststunden bei den Beamten, an die Frage der Aufwertung, die in weitesten Volkskreisen große Erregung hervorgerufen hat. Ich denke ferner an gewisse Einschränkungen der sozialen Leistungen, insbesondere an die gerade in dieser Zeit umfangreicher Erwerbslosigkeit bedauerliche Verminderung der Erwerbslosenunterstützung, an die schwer treffenden Steuern mannigfaltiger Art, die in weitem Umfange die Substanz der Vermögen vieler angreifen, die namentlich auch die Landwirtschaft schwer belasten und damit Gefahren für die Volksernährung auslösen. Auf der anderen Seite sind Staatsleistungen, deren Bezug durchaus gesichert und selbstverständlich schien, eingestellt oder doch in sehr fühlbarer Weise vermindert worden. Aber es gibt noch der Ueberzeugung der Regierung keinen anderen Weg: entweder

belassen wir die Zähne zusammen,

nehmen eine Zeitlang auch schwere Lasten und Sorgen auf uns, haben aber dann die Zuversicht, daß unsere Wirtschaft wieder in Gang kommt und wir wieder besseren Zeiten entgegengehen, oder wir versuchen uns vielleicht noch einmal für eine ganze kurze Spanne Zeit an der Seidenstraße aufzuhängen, wobei wir verlieren aber dabei sicher den festen Stand der Währung, stürzen wieder in den

Taumel der Inflation und gehen damit unauflöslich dem endgültigen finanziellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres ganzen Volkswesens und damit auch des einzelnen entgegen. Dessen können wir uns versichert halten:

Geraten wir noch einmal in eine Inflation, dann ist jeder weitere Versuch, unsere Mark zu stabilisieren, vollkommen aussichtslos, dann ist unser wirtschaftlicher Ruin und damit das Schicksal unseres Volkes besiegelt.

Das ist nicht nur die Meinung eines Sachverständigen, das ist die übereinstimmende Meinung des Auswärtigen, auch der uns wohlgesonnenen Vorkämpfer, und es ist auch die Ueberzeugung aller einsichtigen Teile unseres Volkes.

Freilich, in unserem, mit Illusionen stark durchsetzten Volke wird eben leider nie der Glaube aussterben, daß eines Tages doch noch mal eine Regierung kommt, die, wie mit einem Zauberstab, alles zum Guten vermag. Diesen Unverstandenen gegenüber will ich gerne gestehen, den Stein der Weisen haben wir nicht gefunden! Auf unserer Suche nach den neuen notwendigen Einführungen haben wir keinen festen entdeckt, aus dem auf einen Schlag ein neue erprobte Steuerquelle gesprudelt und uns weiterer Sorge enthoben hätte.

Freilich wird **ohne eine Besserung unserer außenpolitischen Lage alle Mühe nur Stückwerk**

sein. Wir appellieren in der Reparationsfrage nicht an das Mitleid der anderen Völker, wir appellieren an die Vernunft der Welt, an den gesunden Menschenverstand, der allein den Zusammenbruch Europas verhindern kann. Fast will es mir scheinen, als wenn spät, sehr spät, aber vielleicht doch noch nicht zu spät, die Vernunft auf dem Marsche ist. Wir begrüßen es, daß endlich Wirtschaftsführer mit der Prüfung der Reparationsfrage betraut worden sind, und sehen ihrer Entscheidung, wenn auch ohne übertriebene Optimismus, so doch mit Zuerstlichkeit entgegen, die sich auf die Urteilskraft und das moralische Verantwortungsgefühl dieser Männer gründet.

Unser Volk hat in seiner tausendjährigen Geschichte immer wieder die Niederlagen des Weids und der Entehrungen durchwandern müssen, und danach immer wieder wieder lichte Höhen zu erklimmen. Ich bin gewiß, daß auch der Leidensweg, den wir jetzt gehen müssen, in eine lichte Zukunft führt, wenn wir nur starkmütig und entschlossen die Opfer bringen, die doch nur dem Wiederanstieg, der Errettung und dem Glück unserer Kinder gebracht werden.

Auf Einzelheiten wird im Laufe der Debatte von den zuständigen Ressortministern näher eingegangen werden. Namentlich wird die Frage der Aufwertung näher geklärt und die Art der Regelung beurteilt werden, die sie in der dritten Steuernotverordnung erfahren hat.

Mit dem Bewußtsein, Ihre Pflicht voll und ganz erfüllt zu haben, sieht die Reichsregierung auf die mühselige Arbeit, die sie verrichtet hat. Sie erwartet, daß die Volkserrettung, wenn sie von den Herren Ressortministern die nähere Veranordnung über die einzelnen Bestimmungen gehört hat, ihre Zustimmung nicht versagen wird, was sie auch in Einzelheiten eine andere Regelung für zweckentsprechender und besser erachtet. Kritik schenken wir, wie gesagt, nicht und wir werden gern Verbesserungsvorschläge entgegennehmen. Mit allem Ernst aber müssen wir uns die Frage vorlegen, wie wir uns gegenüber dem durch das Ermächtigungsgesetz der Volkserrettung gegebenem

Rechte, die erlassenen Verordnungen aufzuheben,

verhalten sollen. Nur von Aufhebungen der von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen ist im Gesetz die Rede, nicht von einer Abänderung. Abänderungsanträge zu den erlassenen Verordnungen sind also nach dem Wortlaut des Ermächtigungsgesetzes ausgeschlossen. Eine Abänderung der Verordnungen kann demnach

nur auf dem Wege neuer Gesetzesvorlagen oder vom Reichstag auf Grund der Annahme von Initiativanträgen

herbeigeführt werden. Zweifelslos sind unter den Verordnungen auch solche, die nicht unbedingt wesentliche Bestandteile des von der Regierung aufgerichteten Gebäudes darstellen, auf die man zur Not im Augenblick auch verzichten könnte. Eine große Zahl der Verordnungen ist aber nach Ansicht der Regierung von so wesentlicher Bedeutung für die Erreichung der von der Regierung gesehenen Ziele, daß ihre Aufhebung den schon erzwungenen Erfolg, jedenfalls aber die weitere Auswirkung desselben völlig in Frage stellen würde. Diese Verordnungen sind den Parteien bei wiederholten Besprechungen im einzelnen als solche bezeichnet worden. Es ist nicht eine Laune der Regierung, sondern ein Ausschluß ernst und starken Pflichtbewusstseins, wenn

die Reichsregierung hiermit die Erklärung abgibt, daß sie den Bestand ihres ganzen Reformwerkes gefährdet und gar vernichtet sieht, wenn eine von diesen seitens der Reichsregierung als unumgänglich bezeichneten Verordnungen durch den Reichstag aufgehoben oder wesentlich verändert würde. Sie würde sich genötigt sehen, die nach ihrer Ansicht pflichtmäßigen Folgerungen daraus zu ziehen und beim Herrn Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages zu beantragen in der Ueberzeugung, daß es sich in einem solchen Falle für das wirtschaftliche und nationale Leben des Volkes um unentbehrliche Maßnahmen handeln würde.

Ich sage ausdrücklich zurzeit, denn es handelt sich bei allen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen um sogenannte Notverordnungen, die bestimmt sind, der durch die Entwicklung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse in Deutschland geschaffenen Notlage unverzüglich abzuhelfen. Ihre Geltungsdauer ist naturgemäß nur so lange bemessen, bis diese Not überzogen behoben ist. Zurzeit aber muß die Regierung jede Abänderung des durch den Erlaß der Verordnungen geschaffenen Zustandes als für das Gesamtwohl von Reich und Volk bedrohlich und deshalb unmöglich ablehnen, die das erreichbare Ziel: die Stabilisierung unserer Währung und die Balancierung des Etats in Frage stellt. Die Reichsregierung wird sich mit jeder Entscheidung einem dahingehenden Beginnen widersetzen. Keine Verordnungen tragen freilich ihrer Natur nach endgültigen Charakter. Dies gilt insbesondere für die Aufwertung, bei der endlich Ruhe in unser Wirtschaftsleben kommen muß.

Die Reichsregierung muß ferner auf das dringendste verlangen, daß von der Beratung der einzelnen auf die Abänderung lebenswichtiger Verordnungen gerichteten Anträge in Reichstagsauschüssen Abstand genommen wird. Unsere finanzielle und wirtschaftliche Lage ist noch immer eine so überaus unsichere, daß jeder Schritt hier bedenklich werden kann. Ich erinnere daran, daß schon einige lägenhafte Ausstellungen in der Auslandspresse über angeblich unnützliche Aeußerungen der auswärtigen Sachverständigen, die zur Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands hierbei gelangt waren, genügt, den Wert der deutschen Mark an den Auslandsbörsen vorübergehend zu erschüttern und dadurch vielfach die Preiswärtiger Bedarfsartikel im Inlande zu steigern. Eine langwierige Verhandlung z. B. der Steuernotverordnungen würde sofort eine überaus verderbliche

Störung in der Veranlagung und im Fluße lebensnotwendiger Steuern

zur Folge haben.

Aus diesen Gründen bitte ich deshalb namens der Reichsregierung, insofern von jeder Ueberweisung von Anträgen an eine Kommission Abstand nehmen zu wollen.

Die Reichsregierung erklärt sich jedoch bereit,

in interfraktionellen Verhandlungen mit den Parteien

über die einzelnen Bestimmungen der Vorlagen zu beraten. Regierung, Reichstag und Volk müssen einig sein in der Erkenntnis, daß in der Bedrängnis und Gefahr, in der wir leben, alles Sorgen und Streiten um einzelne Maßnahmen und Härten untergehen muß in dem starken Willen, das Reich und das Leben der Nation zu retten. Nicht ob etwas besser hätte gemacht werden können, soll Parteien und Volk heute bewegen und spalten, sondern daß in der größten Not unseres Vaterlandes der hereinbrechenden Flut ein Damm gesetzt worden ist, daß statt vieler Worte in stiller Arbeit Taten geschehen sind, das soll Rechtfertigung sein, solange, als Worte und Kritik die Tat nicht ersetzen können. Nach haben wir das sichere Ufer nicht erreicht; noch sind wir in Sorge, ob wir das Volk über die mühsam gemühten Notbrücke hinüberbringen; ihre schwachen Planken halten ein wildes Durcheinander nicht aus. Uns alle muß die Sorge um das gefährdete deutsche Volk höher stehen, als Parteipolitik und Wahlkampf. Es geht nicht um zugkräftige Wahlpapieren, es geht um Leben und Sterben unseres Volkes. Die Regierung schaut sich nicht, vor Volk und Geschichte die volle Verantwortung für ihre Taten zu übernehmen in dem Bewußtsein, daß alles, was sie getan hat, dem Wohle von Reich und Volk, dem Bestand der deutschen Nation, der Rettung vor dem Untergang dienen sollte.

Nach dem Reichskanzler spricht Hermann Müller (Soz.). [Die Rede siehe im Hauptblatt.] Nach ihm ergreift das Wort

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Notverordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes haben auch in meinem Ressort zum Teil tief eingegriffen. In der Arbeiterpresse sind eine Reihe allgemeiner Vorwürfe dagegen erhoben worden. (Zuruf links: Mit Recht!) Es ist behauptet worden, die Reichsregierung wolle die Sozialpolitik überhaupt abbauen (Sehr richtig! links), sie wolle mit den sozialpolitischen Errungenschaften aufräumen (Wiederholtes lebhaftes Sehr richtig! links). Sie wolle wieder zurückkehren zu den Grundgedanken der längst überwundenen liberalen Ära. Auch der Vorredner hat gemeint, das Ermächtigungsgesetz werde besonders auf Kosten der Sozialpolitik gehandelt. Der Arbeitnehmer hat sich die pessimistische Meinung bemächtigt, die Regierung strebe auf der ganzen Linie den Vorkriegszustand zu. Diese Beurteilung drängen im Grunde wieder die Absichten der Reichsregierung gerecht, noch entspricht sie den Tatsachen. Es ist tief bedauerlich, daß eine solche über das Ziel hinauschießende Kritik einen derartigen Pessimismus in der Arbeiterfront erzeugt hat. Ein zutreffendes Urteil über die sozialpolitischen Ereignisse der letzten Monate kann nur der fallen, der sie auf dem rechten Hintergrunde sieht. Nach Beendigung des Krieges und nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages glaubte alles, jetzt könne Deutschland an den Wiederaufbau herantreten. Tatsächlich aber waren die Nachkriegsjahre ein weiterer Abstieg bis zum völligen Zusammenbruch. Ja, bis zum völligen Bankrott der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen. Dieser Trug ist sich unser Volk leider heute noch nicht durchweg bewußt geworden. Allein im unbefestigten Gebiet wurden vor dem Dezember eininhalb Millionen Erwerbslose gezählt. Noch am Jahresende hatten wir eininhalb Millionen Erwerbslose und eine halbe Million Kurzarbeiter allein im unbefestigten Gebiet. Den Höhepunkt der Entwicklung bezeichnen die Zahl von etwa fünf Millionen Arbeitslosen, neben denen ebenso viel unterstützungsberechtigte Angehörige aus öffentlichen Mitteln versorgt werden mußten. Dazu trat die Zahl der Kriegsbeschädigtenrentner und der Hinterlassenen der Gefallenen, es kamen dazu die Invaliden- und Altersrentner und die Kleinrentner, zusammen auch insgesamt etwa fünf Millionen sozialpolitisch zu versorgende. Nicht unerwähnt bleiben muß hier die katastrophale Gefahrung der Löhne und Gehälter. Mit sozialpolitischen Mitteln war dem furchtbaren Elend des deutschen Volkes nicht beizukommen;

hier helfen nur wirtschaftliche Mittel.

Daß die Sozialpolitik etwas Unwandelbares sei, wird im Ernst niemand behaupten, auch sie muß sich der Zeitlage anpassen. Unsere Wirtschaft ringt mühsam um ihre Existenz, sie ist mit dem Bleigewicht der Ruhrbesetzung und der Ricium-Verträge belastet. Auch auf sozialpolitischem Gebiet müßten die Ausgaben verringert werden im Interesse des Bleigewichts im Haushalt. Ich bin nicht über das notwendige Maß hinausgegangen. Nach wie vor halte ich den Schutz der Arbeiterschaft für gerecht, und das Koalitionsrecht ist unberührt geblieben. Die Tatsache ist unbestreitbar, daß unsere Produktion gegenüber der Vorkriegszeit stark zurückgegangen ist. Auch das Maß der geleisteten Arbeit spielt dabei eine Rolle. Ich will den Streit über den Achtstundentag nicht aufrollen, aber soviel ist sicher, daß er zurzeit in Deutschland für eine Reihe von Berufen ungenügende Ergebnisse liefert, zumal wir auch noch Reparationsleistungen herauszuwickeln müssen. Zu einer internationalen Bindung über den Achtstundentag haben sich die Staaten noch nicht entschließen können, die den Achtstundentag grundsätzlich einführten. Selbst von der jetzigen englischen Arbeiterregierung sieht nach meinen Informationen noch nicht fest, daß sie das Washingtoner Abkommen ratifizieren wird. Bei uns sind die Abweichungen vom Achtstundentag an ganz bestimmte Bedingungen gebunden, es muß von Fall zu Fall gründlich geprüft werden. Dem Reichsarbeitsministerium liegt nichts ferner, als die zehn Stunden der neuen Verordnung zur Regel zu machen. Sie bederen

nur eine Höchstgrenze.

Für durchaus notwendig halte ich ein einheitliches Zusammengehen mit den anderen Industriestaaten. Ueber den Gelegenheitsurlaub zur Regelung der Arbeitszeit, der seit 1921 vorliegt, hätte man sich längst verständigen können. Außerdem haben die Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokratie anerkannt, daß zur Hebung der Notlage der deutschen Industrie Ausnahmen vom Achtstundentag zulässig sein müßten. Die Koalitionsparteien einschließlich der Sozialdemokraten erklärten damals, daß zur Steigerung und Verbilligung der Produktion die Neuregelung der Arbeitszeit unter grundsätzlicher Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitszeit nicht zu umgehen sei. (Hört, hört! im Zentrum.) Nach dem Ablauf des Schutzes der Demobilisierungsverordnungen hätten die Arbeiter in ihren Kämpfen nur noch den Schutz der Gewerbeordnung, und in dieser Situation sah ich dem Reichspräsidenten den Erlaß einer Verordnung in der Form jenes Entwurfes vor. Dieser Vorschlag fand aber bei den freien Gewerkschaften, die vorher gestützt wurden, keinen Anklang. (Hört, hört! im Zentrum.) Im Dezember aber, unter dem Druck der damaligen Kräfte und der Ungunst der Konjunktur, wandelte sich die Ansicht der Gewerkschaften. (Hört, hört!) Am 23. Dezember verlangten die Vertreter der drei Spitzenverbände von mir eine Verordnung auf Grund des neuen Ermächtigungsgesetzes. (Hört, hört! im Zentrum.) So entstand die neue Verordnung vom 21. Dezember 1923, die von dem ersten Entwurf nicht wesentlich abweicht. Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in dieser Frage ist also eine andere geworden. (Hört, hört! im Zentrum.) Heute verlangen die Sozialdemokraten die Ratifizierung des Londoner Abkommens, während die früheren Regierungen dazu mindestens nicht gedrängt haben. Das deutsche Volk hat ein Recht darauf, alle diese Vorgänge genau zu kennen. (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Verordnung über die Arbeitsregelung hat die Große Koalitionsregierung aufgehoben, weil sie die Betriebe zu stark belastete, die Geschäftskosten erhöhte und zu Winderleistungen führte.

Wirtschaft

Radio-Durcheinander.

Ebenso wie nach dem Kriege jeder Sklave zur Bank wurde, wandeln sich heute täglich mehr Geschäftsbetriebe zum sogenannten Radio-Unternehmen um. Das Durcheinander im Bau und Vertrieb, in Patentbesitz und Senderlizenzen ist charakteristisch. Natürlich wird von den Interessenten auch fleißig „organisiert“. Das bezieht sich nicht nur auf Berufsinteressen, sondern auch — reichlich stark — auf Geschäftsinteressen, wie Preise, Handelskonventionen usw.

Heute schreibt uns der Verband der Radio-Industrie E. V. zum Beispiel, daß zahlreiche industrielle Firmen sich der Herstellung von Radio-Amateurempfängergeräten zugewandt haben, ohne die Schwierigkeiten, die sich aus der Patentlage ergeben, in vollem Umfange in Rechnung zu stellen. Die Patentlage auf dem Radiogebiet sei durch das Vorhandensein einer außerordentlich großen Anzahl von Patenten sehr verworren. Der Verband der Radio-Industrie habe deswegen mit der Inhaberin der wichtigsten Patente, der Firma Telefunken-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie G. m. b. H., einen Normalbauvertragsvertrag vereinbart. Dieser Bauvertragsvertrag sieht vor, daß die Firma „Telefunken“ gegen eine gewisse Gebühr den vertragsschließenden Firmen ihren gesamten Patentbesitz zur Verfügung stellt. Darüber hinaus steht der Verband der Radio-Industrie noch in einem besonderen Vertragsverhältnis zu „Telefunken“, das seinen Mitgliedern wesentliche Vorteile hinsichtlich der Gebührenhöhe zusichert. Der Verband hat die Verpflichtung übernommen, keine sämtlichen Mitglieder zum Abschluß des Normalbauvertragsvertrages zu veranlassen, während „Telefunken“ bereit ist, sämtlichen Verbandsmitgliedern Bauvertragsverträge zu erteilen. Etwaige Streitigkeiten werden durch das Schiedsgericht geregelt.

Man muß sagen, daß jener Vertragsabschluß mit seinen „gewissen Gebühren“ auch mancherlei Bedenken auslöst. Hat dabei die Reichspostverwaltung gar nichts zu sagen?

Arbeitsmarkt in der Provinz Brandenburg.

Die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes zeigt weiter eine leichte Besserung, was besonders bei dem Rückgang der Zahl der Erwerbslosen aus den Kreisen der Facharbeiter zu beobachten ist. Dagegen werden durch den anhaltenden Frost die Aussichten für eine Besserung im Bau- und Ziegeleigewerbe stark beeinträchtigt.

Beeinflusst durch den Frost, waren auch die Anforderungen in der Landwirtschaft wesentlich geringer. Deputatsfamilien sind immer noch nur in ganz vereinzelten Fällen unterzubringen. Dagegen war die Nachfrage nach ledigen Mädchen und Knaben auch in dieser Berichtswache nicht immer zu erledigen.

In bergbauartigen Betrieben ist die Geschäftslage unverändert geblieben.

In der Steinzeugindustrie werden vereinzelt Kräfte angefordert. Die Ziegelindustrie ist teilweise verhältnismäßig gut mit Aufträgen versehen, so daß auch hier bei einem Witterungsumschlag, mit besseren Arbeitsmöglichkeiten zu rechnen ist. Die im Bezirk Sorau liegende Porzellanfabrik hat ihren Betrieb mit 220 Personen wieder aufgenommen. Dagegen ist in der Zementindustrie noch keine Besserung zu melden.

In der Glasindustrie sind in der Geschäftslage Änderungen nicht gemeldet.

Die Metall verarbeitende Industrie zeigt eine langsame Aufwärtsbewegung.

Der Geschäftsgang in dem Holz- und Schnitstoffgewerbe war auch in dieser Woche als aufnahmefähig zu bezeichnen, da immer noch Arbeitskräfte in geringerem Umfange angefordert wurden.

In der Textilindustrie ist der Geschäftsgang weiter als gut zu bezeichnen. In der Berichtswache haben sechs Tuchfabriken ihre Arbeiter ausgesperrt, um die 54stündige Arbeitszeit einzuführen. Im Spinnstoffgewerbe wurden an einem Orte

nur noch weibliche Arbeitskräfte angefordert, da der Bedarf von männlichen Arbeitskräften zum Unterraum gedeckt ist.

In der Hutbranche entwickelten sich die Arbeitsverhältnisse günstig. Die Besserung der Arbeitsmarktlage im optischen Gewerbe hat angehalten. Die Lage im Tabakgewerbe ist befriedigend. Eine kleine Besserung ist auch in der Papierindustrie zu melden. Im Vertriebsgewerbe wurden weitere Arbeitskräfte verlangt.

Für Bureauangestellte hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit noch nicht gebessert.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte ist ganz verschieden zu beurteilen. Im Textil- und Tabakgewerbe war die Aufnahmefähigkeit günstig, in anderen Berufen sehr schwach.

Gut ausgebildetes Hauspersonal wird noch immer verlangt, ohne daß es gelingt, alle Stellen zu besetzen.

Neuer Jcaulsturz. Aus Paris meldet uns ein eigener Drahtbericht: Nach einer vorübergehenden Erholung hat am Dienstag der Markt erneut eine starke Abschwächung erfahren. Das Pfund schloß mit 100,52, der Dollar mit 23,46 gegen 22,65.

Die polnischen Siemens-Werke. Die großen elektrotechnischen Siemens-Werke auf polnischem Gebiet haben, wie uns aus Warschau drablich gemeldet wird, eine bössige Umgestaltung erfahren. Die in Liquidation befindliche Siemens-P. O. in Kongrewnol hat sich mit der galizischen Siemens-Schudert-G. m. b. H. vereinigt und mit der österreichischen Siemens-Schudert-Betriebswerk einen Vertrag geschlossen, auf Grund dessen dem neuen Konzern alle Siemens'schen Erfindungen und Verbesserungen zur Verfügung stehen. Der Konzern hat neue umfangreiche Fabrikgebäude bei Lodz erworben.

Mißfarbene Zähne

entstelt, d. schönste Antily. Abl. Mundgeruch nicht abstoßend. Weisse Abweid. L. vollkommen unschädlich. Weisse beseitigt d. d. dem Zahnpaste Chlorodont.

Die erste Nummer unseres neuen Unterhaltungs- und Modenblattes

Frauenwelt

Eine Halbmonatschrift

ist ab heute bei allen „Vorwärts“-Spediteuren zu haben

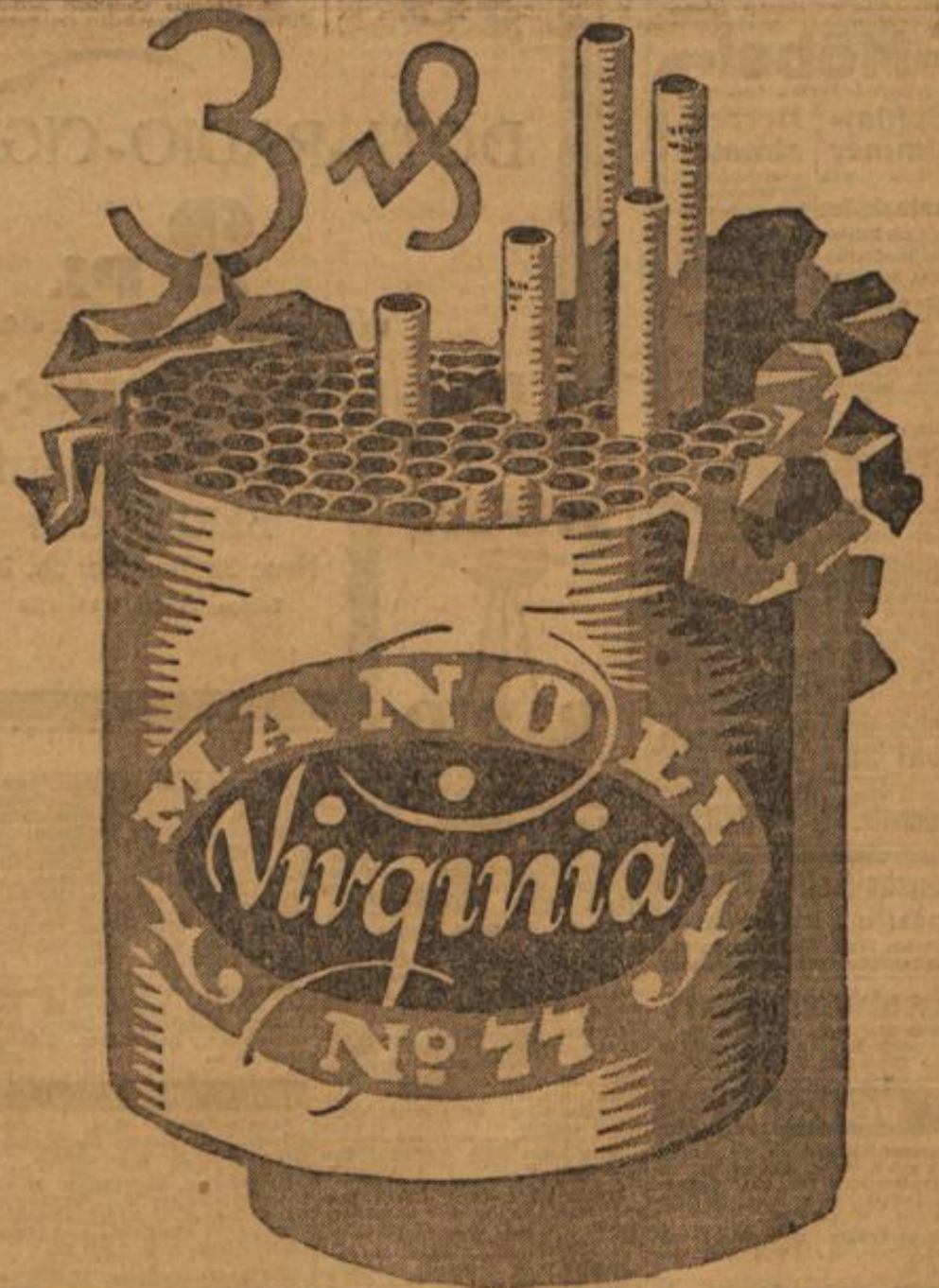
HALPAUS.

CIGARETTEN

NEUE PREISE

- | | |
|--------------------------|-------------------------|
| Rarifät Nr. 200 = 4 Pfg | |
| Rarifät-Special
5 Pfg | Rarifät-Extra
6 Pfg |
| Rarifät-Delikat
7 Pfg | Rarifät-Luxus
8 Pfg |
| Halpaus-Privat
10 Pfg | Halpaus-Medoc
15 Pfg |

Trotz Preisermäßigung unverändert in ihrer unübertroffenen Qualität!



Tippstoff 18000 Aniam
Zucker!
Probeschachtel 5 Pfg.

Marken - Zigaretten
Tabak - Zigaretten
Garbay, Halpaus, Constantino, Karmir, Avramik, Murati, e-bi abu Tagespr. Arno Gebner, Iahkwaren-Großhandlg. Wertstr. 21, Teleph. Moabit 2114.

